

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Berlin N 24, Elsasserstr. 86 - 88¹¹¹
Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24.
Telephon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz, Augustastraße 8. — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Wintersonnenwende. Weiheglocken. Rundschau. Politische Monatschau. Zwei vielerörterte Tagungen, I. Kunst und Arbeiter. Eingegangene Gelder. — **Allgemeines:** Schattenseiten der technischen Entwicklung, III. Die Ausfuhr graphischer Druckerzeugnisse im 3. Vierteljahr 1913. Zu dem Brief aus Chile. Ortsberichte: Augsburg, Dresden, Düsseldorf, Saalfeld. — **Der Lithograph:** Lithographen, wecket euer Interesse! — **Photogr. Mitarbeiter:** Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Bromsüberdruckanstalten. — **Anzeigen** (mit Totenliste).

Beilage: Adressenverzeichnis der Auskunftserteiler.

Bekanntmachungen.

Chemigraphen und Lichtdrucker, Achtung!

Schweiz. Das Ansinnen der Sektion Genf, die Berufsordnung anzuerkennen, beantwortete die Firma »Sadag« daselbst mit der Kündigung der zehn bei ihr beschäftigten organisierten Kollegen. Die Firma »Sadag«, wie übrigens alle Firmen, die die Berufsordnung bis jetzt noch nicht anerkannt haben, sind für die Kollegen aller Branchen strengstens gesperrt.

Zentralvorstand das Schweiz. Lith.-Bundes.

Achtung, Belgien!

In Brüssel sind unsere Kollegen gemeinsam mit den Buchdruckern und Buchbindern in eine Tarifbewegung eingetreten. Die Unternehmer verhalten sich ablehnend. Zuzug von Lithographen, Steindruckern und Chemigraphen nach Brüssel ist daher fernzuhalten. Im übrigen bitten wir zu beachten, daß kein Kollege nach dem Auslande reisen darf, ohne vorher Auskunft bei der betreffenden Landesorganisation eingeholt zu haben. Dazu muß eine offizielle Anfragekarte, wie sie die Organisationen herausgeben, benützt werden.

Internationales Sekretariat.

Wintersonnenwende.

Einst haderte Wotan der Göttervater mit Baldur dem Lichtbringer, daß er ihm die Wälder und Fluren verderbe und die Flüsse austrockne. Da wandte sich Baldur im Zorne und zog nach Süden. Erfrischende Kühle belebte alsbald jede Kreatur und Dankopfer priesen Wotans weises Regiment.

Aber je mehr sich Baldur entfernte, desto kälter und finsterner wurde es auf der Erde. Frohlockend erhoben sich die Mächte des Todes und der Vernichtung. Unter dem Brausen nordischer Stürme erstarrte die Natur. Kraftlos ließ sie ihr buntes Kleid fallen, traurig und anklagend streckten die Bäume ihr nacktes Gezweige gen Himmel, aus dem schon längst der fröhliche Chor der geliederten Sängern dem Lichtgötter nachgezogen war. Ihre Seele fro. Und auch die Menschen froren. In ihren Hütten kauerten sie um das Herdfeuer und fühlten Weltendämmerung in ihren Seelen. Draußen aber schritten mit stillem Ernst die Nornen und breiteten Nebelheims Leidentücher über die sterbende Natur.

Da eilte Freia, die Jugend- und Lebenshalterin, den zürnenden Bruder zur Rückkehr zu bewegen. Und von der Milde der Schwester und dem Jammer der Menschen gerührt, hemmte Baldur seinen Lauf und lenkte mit Freia wieder nordwärts seine Schritte. Als dies die Menschen erfuhren, jubelten sie und schafften emsig in Haus und Hof, das göttliche Paar würdig zu empfangen.

Weiheglocken.

Ein Glockenhallen weht durch's Winterschweigen ...
Der kurze Tag schlich grämlich hin und trübe ...
Weiß gleißt das Flockenpolster auf den Zweigen,
Und salbungsvoll spricht man vom Fest der Liebe!

Durch viele Fenster strebt ein Glanz von Kerzen,
Und Kinderstimmen singen Lied um Lied,
Daß auch in deinem notgepeitschten Herzen
Ein Fünkeln Hoffnung schwach und zag erglöh!

Ein Fünkeln nur! Zu viele Hände rasten!
Der Hunger peitscht, die dürre Not geht um:
Ein wilder Schrei nach Brot gellt laut und trocken ...

Und abertausend Sorgen sah' ich lasten ...
Die machen jede frohe Lippe stumm ...
Und still ersterben alle Weiheglocken ... in

Vor dem Nahen des Sonnengottes aber rissen die Nebelschleier und die glühenden Strahlen seiner Kraft befreiten die ohnmächtige Natur aus dem Banne des Todes und der Finsternis. Schnellfüßig eilte die heitere Freia über das aufatmende Land und streute die Keime neuen Blühens und Lebens. Da schmückten sich Feld und Wald mit bunten, fröhlichen Farben und von neuem jubelte das Lied der Vögel in den Lüften. Und auch die Menschen jubelten aus dankbaren, freudigen Herzen Baldur dem Befreier, dem Licht- und Wärmespender zu. Aus den Armen des Todes gerissenen fühlten sie nun doppelt die Schönheit des Lebens.

Als nun die Götter sahen, welch herrliche Sache es um diesen Wechsel zwischen Sterben und Wiedererwachen sei, beschlossen sie, das Spiel in jedem Jahr zu wiederholen. Die Menschen aber feierten jedes Jahr den Tag der Umkehr des Sonnengottes mit fröhlichem Feste. Von den Bergen rollten sie lodernde Feuerräder zu Tal zum Zeichen des baldigen Sieges des Lichts und der Wärme über Kälte und Finsternis, des Lebens über den Tod.

So mag einst die kindlich-naive Phantasie unserer heidnischen Vorfahren um das Naturereignis der Wintersonnenwende ein wunderbares Märchen geflochten haben. Und die christliche Weltanschauung nahm dieses Märchen auf und übertrug es aus dem physischen in das geistige Geschehen.

Wohl hat Christus nach neuesten Forschungen sein eigentliches Vorbild zum Teil in jenem Sonnengott der altbabylonischen Astralmithologie, der jedes Jahr am 25. Dezember im Zeichen des Sternbildes der Jungfrau neu geboren wurde, aber was ist jener babylonische Sonnengott anders als der Baldur des Morgenlandes? Jener sowohl wie dieser wandelte sich unter der auf das geistige Leben gerichteten christlichen Weltanschauung zum Befreier und »Erlöser« des Geistes aus der todbringenden Umklammerung einer ins Raffinierte und Perverse entarteten Sinnkultur der Altertums. Es war eine Wintersonnenwende des Geistes, die das Christentum feierte.

Aus der Wende, der Umkehr des heidnischen Sonnengottes, wurde das Gnadenwerk der Erlösung des christlichen Gottes aus seelischer und geistiger Not. Der Gott des Lichts wurde zum Gott der Liebe, der den Kampf

gegen die Finsternis und Kälte in den Seelen der Menschen führte, gegen Egoismus, Habgier, Herrschsucht usw. Er stirbt am Kreuze wie der Sonnengott der Babylonier alljährlich im Zeichen des Sternkreuzes am tiefsten sank. Und wie dieser mit jedem neuen Jahr neu aufstieg, so ließ man auch Christus vom Tode wieder auferstehen und »gen Himmel« fahren.

Gewiß liegt auch in dieser Fabel ein tiefer Sinn. Aber indem man in dieser naiven Weise in die sinnlich helteren Formen des heidnischen Diesseits-Kultus die naturverachtende Lehre vom »jenseits« goß, hat man auch jene heillose geistige Verwirrung unter den Menschen geschaffen, die dem Spitzbubenhandwerk allerhand scheinheiliger Menschen so günstig war. Die christliche Schule der azaetischen Weltentsagung in Verbindung mit der Gnadentheorie machte aus den Menschen jene gottergebenen, demütigen, um Gnade flehenden Wesen, die dann dem Klerikalismus, Feudalismus und Kapitalismus als willige Ausbeutungsobjekte dienten. Das Kulturjahr aber, das die Wintersonnenwende des christlichen Geistes der Welt beschied, endete in der Nacht und Barbarei der furchtbarsten Kulturerniedrigung, und noch heute sind wir von der Kälte und Finsternis dieser Nacht tief umfungen.

Der christliche Geist glaubte die rohe, menschliche Natur zu bändigen, aber er hat nur die Willigen und Guten entworfen und sie auf Gnade und Ungnade den Herrschsüchtigen und Brutalen ausgeliefert. Das eisige Hohnlachen dieser klingt gellend in den christlichen Weihegesang »Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!« Sie predigen den Enterten den Gott der Entsagung und Ergebung; aber der Gott der Liebe und Brüderlichkeit wird von ihnen heute noch tausendfach ans Kreuz geschlagen. Friede? — O ja, der Friede des Räubers mit dem Beraubten, der Friede des Elends und der Not mit dem Überfluß und der Schlemmerei, der Friede der Schätze mit den Wölfen, das ist das Kulturideal unseres heutigen kapitalistischen »Christentums«.

Wer die »Weltnacht« in diesem Sinne feiert, verhöhnt ihre tiefe Bedeutung. Ihm ist das Licht der geistigen Sonnenwende unserer Zeit noch nicht aufgegangen, oder er scheut es, wie das Geflügel der Nacht, das in zerfallenen Ruinen haust, die aufgehende Sonne scheut.

Wie die Wintersonnenwende der Natur den Kampf des Lichtes mit der Finsternis, der Wärme mit der Kälte, des Lebens mit dem Tode bringt, so bringt die Kultursonnenwende unserer Zeit den Kampf der Erkenntnis mit dem Aberglauben, der Solidarität mit der Ausbeutung, des Rechts mit der Gewalt, der Menschlichkeit mit der Barbarei. Nur wer mit allen seinen Kräften diesen Kampf zu führen geonnen ist, darf ehrlichen Herzens das Fest der Wintersonnenwende feiern. Für ihn ist der strahlende Lichterbaum am Weihnachtsabend ein heiliges Symbol, und die Gaben, die er seinen Lieben schenkt, veranlassen ihm die endlichen Früchte seines heiligen Kampfes.

In dieser neuen Bedeutung feiert heute die organisierte Arbeiterschaft das schönste Fest, das uns von unseren Vorfahren überkommen ist. Was dem naiven Naturempfinden dieser entsprungene war, hat für uns heute hohen kulturellen Sinn gewonnen. Wohl freuen auch wir uns des erlösenden Naturereignisses, leiden doch viele von uns oft mehr als unsere heidnischen Vorfahren unter des Winters Kälte, Finsternis und Unfruchtbarkeit. Aber darüber hinaus erhebt sich vor uns im Lichte des Weihnachtsbaumes das große Kulturideal einer befremdeten, glücklichen Menschheit, die brüderlich geeint, mit ihren reichen Mitteln des Wissens und der Naturbeherrschung, in starkem, freiem Schaffen die Erde zu einem blühenden Garten der Lebensfreude für alle gestaltet. Im Geiste dieses Ideals rufen wir: »Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!« Seine allmähliche Verwirklichung ist die Sonne der neuen Zeit, die, langsam höher und höher steigend, uns sowohl aus physischer wie aus geistiger Not erlösen wird. Millionen haben sich schon verbunden, ihr die Wege zu bereiten, und mit Feuerbränden im Herzen eilen sie ihr entgegen. Über Länder und Meere hinweg reichen sich die Armen und Unterdrückten zukunftsroh die schweligen Hände und zeugen so von der Wärme- und lebenspendenden Kraft des neuen Lichtes.

Wir wissen heute, daß kein Einzelner, und wäre es auch ein Gott, Erlösung bringen kann. In allen Köpfen muß es hell und in allen Herzen warm werden. Solange nur einzelne gegen die brutale Macht unseres Kulturwinters kämpfen, werden sie auch heute noch ans Kreuz des Leidens geschlagen. Der frostige Dämon Mammon und die Nacht des Aberglaubens halten die Welt umklammert, daß sie nicht blühen kann. Nicht die Gnade von oben her kann uns davon befreien, sondern nur unsere eigene Kraft und Tat. Das ist die Erkenntnis des zur Männlichkeit erwachten Menschengeistes. Dieser Geist wird alle Bande sprengen, die das neue Leben im Kulturgarten der Menschheit hemmen.

In diesem Geiste führen die Proletarier — die armen Fischerapostel von heute — einig und geschlossen den Kampf für Freiheit und Menschlichkeit, und in diesem Geiste feiern sie jauchzend ihr Wintersonnenfest.

Max Menzer.

Rundschau.

Zur Auskunftserteilung! Ein vielgeplagter Auskunftserteiler schüttet wieder einmal in folgender Zuschrift, die wir der Beachtung und Beherrschung aller Auskunfts eingehenden Kollegen dringend empfehlen sein Herz aus: Wenn man Kollegen auf der Antragekarte bei dem Vordruck »Name und Wohnung genau angeben« etwas ganz anderes als ihren Namen und ihre Wohnung hineinschreiben und dafür die Ausfüllung des Namens und der Wohnung überhaupt vergessen, so daß diese notwendigen Angaben weder auf der Vorder- noch auf der Rückseite der Karte zu entdecken sind, dann ist es auch dem schnellsten Auskunftserteiler beim besten Willen unmöglich, die verlangte Auskunft zu geben. Auf andern Karten befinden sich wieder Unterschriften, die in ihrer absoluten Unlesbarkeit an die berechtigten Unterschriften hoher und höchster Beamten erinnern. Sie sind auch beim genauesten Betrachten nicht zu entziffern. Der Auskunftserteiler ist in diesen Fällen gezwungen, die Hieroglyphen auf der Adresse seiner Auskunftsakte genau nachzumalen und es im übrigen der Fingigkeit der Post zu überlassen, ihren Urheber zu entdecken. Daß ihr das aber auch nicht immer gelingt, beweist der Umstand, daß derartige Karten oft als unbestellbar an den Auskunftserteiler zurückgelangen. Daher sollte es sich jeder Auskunfts eingehende Kollege zur Pflicht machen, Namen und Adresse nicht zu vergessen, sondern grade diese Angaben recht gewissenhaft und deutlich auszufüllen, wenn ihm wirklich an der schnellen Antwort des Auskunftserteilers etwas gelegen ist.

Vom Arbeiter zum Hochschullehrer. Unter dieser Spitzmarke wurde in Nr. 30 unseres Blattes mitgeteilt, daß ein Lithograph Havelka aus Jena als Professor an das Polytechnikum zu Tomsk in Sibrien berufen worden sei. In Nr. 35 veröffentlichten wir dann einige Mitteilungen über die Person des betreffenden Lithographen; u. a. teilten wir auf Grund verschiedener Zuschriften mit, daß er 1904 aus Böhmen nach Jena als »Arbeitswilliger« gekommen sei. Dazu schreibt uns nun Herr Ha-

velka aus Tomsk, daß diese Nachricht nicht zutrefte. Er habe zwar, nachdem er drei Wochen lang auf eine Auskunft der Jenaer Ortsverwaltung vergebens gewartet habe, eine Stellung als Lithograph in der Thüringer Bledhemballagenfabrik in Jena angenommen, aber er habe auch mehreren Versammlungen der Streikenden beigewohnt und man sei zu dem Schluß gekommen, daß es das Beste sei, wenn er in Stellung bleibe. Er habe auch Streikbeiträge gezahlt und die Ortsgruppe Jena habe ihn sogar mehrfach aufgefördert, Mitglied zu werden. Mit den Kollegen habe er im besten Einvernehmen gelebt. ... Wir haben nun den damaligen Vorsitzenden der Mitgliedschaft Jena gebeten, sich zu diesen Mitteilungen zu äußern. Er teilt uns u. a. mit, daß es den Streikenden gelungen sei, jeden schon engagierten Kollegen über den Sachverhalt aufzuklären, so daß es der Firma nicht möglich war, Ersatz für die Streikenden zu erhalten. Dann seien jedoch ein Maschinendrucker und der Lithograph H. nach Jena gekommen, die sich nicht davon abhalten ließen, in der bestreikten Firma Stellung anzunehmen. Auch eine eingehende Aussprache, die die Streikenden mit ihnen hatten, sei ergebnislos geblieben. Die Streikenden waren der bestimmten Auffassung, daß die Firma infolge der Tätigkeit der beiden Gehilfen den Betrieb weiterführen konnte, so daß der Streik verloren ging. Das würde anders gewesen sein, wenn sich der Maschinendrucker und der Lithograph Havelka den Streikenden angeschlossen hätten.

Über einen Lohnkürzungsversuch einer Schutzverbandsfirma berichtet die »Solidarität« folgendes: Die allgemeine wirtschaftliche Depression zeitigt eigenartige Blüten. Die Firma Fritz Schemm, Kunstanstalt in Nürnberg, welche Heiligenbilder herstellt, teilte ihrem Gesamtpersonal mit, daß sie genötigt sei, die Löhne für alle Beschäftigten um 20 Prozent zu reduzieren, um konkurrenzfähig zu bleiben. Sei das Personal nicht bereit, dies zu akzeptieren, so würde der Betrieb eingeschränkt und alle Leute entlassen bis auf das Personal, welches zur Bedienung einer Maschine nötig sei. Das Personal nahm in einer Betriebsversammlung Stellung zu dem Ansinnen der Firma und beschloß einstimmig, jeden Versuch, den Lohn zu kürzen, energisch abzuwehren. Die anwesenden Vertreter der in Betracht kommenden Organisationen wurden beauftragt, dies der Firma mitzuteilen, auch erklärten sich die Beschäftigten bereit, wenn Mangel an Aufträgen die Ursache der Lohnreduktion sei, nur fünf Tage in der Woche zu arbeiten. Die Firma zeigte kein Entgegenkommen und bemerkte, nur mit Hilfe der Lohnersparnis, die 18000 Mk. im Jahre ausmache, könne sie weiter bestehen und die ausländische Konkurrenz unterkriegen. Das Personal und die Vertreter der Organisationen konnten sich jedoch nicht mit derartigen kapitalistischen Spekulationen befreunden, bei denen die Arbeiter nur die Leidtragenden sind und wiesen auch einen weiteren Vorschlag, der eine nur (?) zehnprozentige Kürzung vorsah, zurück. Was sagt der Schutzverband zu solcher Schmutz- und Schleuderkonkurrenz seines Mitgliedes?

Die Linoleumkonvention ist, wie das »Berl. Tagebl.« berichtet, nunmehr endgültig perfekt geworden. Da die Rheinischen Linoleumwerke Bedburg bezüglich ihrer Kontingenzquote nach Ansicht der übrigen Werke unerfüllbare Ansprüche stellten, wurde die Kontingenzentwertung fallen gelassen. Die Konvention, der alle sieben deutschen Werke, nämlich die Deutsche Linoleum- und Wachstuch-Compagnie in Neukölln, die Rheinischen Linoleumwerke Bedburg Akt. Ges., die Germania-Linoleumwerke Akt.-Ges. in Delmenhorst, die Delmenhorster Linoleumfabrik (Ankermarke) in Delmenhorst, die Deutsche Linoleumwerke Hansa Akt.-Ges. in Delmenhorst und die Linoleumfabrik Maximiliansau in Maximiliansau (Pfalz), angehören, wird sich daher wie in den Jahren 1910/12 mit der einheitlichen Festsetzung der Preise begnügen. — Die Verhandlungen mit den Händlervereinigungen haben ebenfalls zu einem Erfolg geführt. Die Konvention wird nämlich sämtlichen lokalen Händlervereinigungen den sogenannten »Schutz« auf ein weiteres Jahr belassen. Dieser »Schutz« besteht darin, daß die Konventionsfabriken nur an solche Händler liefern, die den lokalen Vereinigungen angehören oder sich verpflichten, nur zu den Bedingungen und Preisen, die von diesen aufgestellt sind, zu verkaufen.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat ihre Wünsche nach einem Zuchtengesetz wieder einmal wie folgt geltend gemacht: »Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hält nach wie vor daran fest, daß ein reichsgesetzliches Verbot des Streikpostenstehens unbedingt notwendig ist, um den von allen Seiten anerkannten Einschränkungen und Gewalttätigkeiten gegenüber Arbeitswilligen entgegenzutreten. Mit einem solchen Verbot wird nicht ein Ausnahmegesetz zu Ungunsten des Arbeiterstandes geschaffen, denn das Gesetz wendet sich nur gegen diejenigen, welche durch organisierte Einschüßerung und Bewandung der Betriebsstätte und ihrer Zugänge die Freiheit des Unternehmers, sowie ihrer Arbeitswilligen und arbeitstreuen Berufsgenossen bedrohen und den öffentlichen Frieden gefährden. Es wird vielmehr im Gegenteil damit ein Ausnahmezustand beseitigt, der jetzt dem einen Teile im Wirtschaftskampfe ein Zwangsmittel gibt, gegen

welches dem andern Teile die Möglichkeit einer Abwehr nicht zusteht. Die Vereinigung hält ein Einschreiten auf dem Wege der Polizeilordnung gegen das Streikpostenstehen allein nicht für genügend, weil, selbst wo ein polizeiliches Verbot des Streikpostenstehens landesrechtlich möglich ist, der Erlaß einer solchen Verordnung an bestimmte, nicht überall gleiche Voraussetzungen gebunden und in das Ermessen der Polizeibehörde gestellt ist. Diese Befugnis würde so nicht nur in den einzelnen Bundesstaaten und Bezirken, sondern sogar in den einzelnen Streikfällen tatsächlich verschieden gehandhabt werden, während gerade auf diesem Gebiete eine Rechtseinheit innerhalb des Reiches, eine vorbeugende Wirksamkeit des Verbots und eine gleichmäßige Behandlung aller Fälle dringend nötig ist.« Man sieht also: die Scharfmacher lassen nicht locker! Nach dem Rezept des Bundes der Landwirte: »Schreien und immer wieder schreien!« hoffen sie doch nach und nach zu ihrem reaktionären Ziele zu gelangen. Die Arbeiterschaft muß auf der Hut sein, um diese Scharfmachereien stets entschieden abzuwehren zu können.

Eine Zentrale für Streikversicherung hat, wie die »Deutsche Arbeitgeberzeitung« berichtet, die »Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände« am 12. Dezember zu Berlin begründet. Es traten der neuen Einrichtung sogleich Verbände bzw. Streikentschädigungsgesellschaften mit einer Lohnsumme von 703877000 Mk. und 672440 Arbeitern bei. Vorsitzender der Zentrale wurde Fabrikbesitzer Ing. Garvens-Hannover. Die Geschäftsführung übernimmt der Generalsekretär der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Dr. Tändler.

Gustav Riem, Mitglied der zweiten sächsischen Kammer, Redakteur an der Dresdener Volkszeitung, ist am 13. Dezember plötzlich und unerwartet an Herzmuskelschwäche gestorben. Er stand seit frühester Jugend in der Arbeiterbewegung. Als Mitglied des Buchdruckerverbandes war er immer auf dem Posten, wenn es galt, die Interessen seiner Kollegen zu vertreten, und in der Partei hat er auch sehr bald in den vordersten Reihen der Kämpfer gestanden. Unermüdet arbeitete er sowohl mit der Feder wie mit dem Wort für die Interessen der Arbeiterklasse. In der letzten Zeit war seine Gesundheit stark erschüttert, aber niemand hätte ahnen können, als er vor wenigen Tagen das Krankenhaus aufsuchen mußte, daß er nicht mehr in die Reihen seiner Genossen zurückkehren würde. Der Verstorbene stand im 40. Lebensjahre. Wir verlieren in ihm einen stets willkommenen gelegentlichen Mitarbeiter und werden mit der gesamten Arbeiterklasse sein Andenken in Ehren halten.

Aus dem Auslande.

Österreich. In Niederösterreich sehen sich die Buchdruckergehilfen durch die Ausspernungstaktik einiger scharfmacherischer Unternehmer gezwungen, in einen Abwehrkampf einzutreten, der sehr bald riesige Dimensionen annehmen und das ganze öffentliche Leben in Mitleidenschaft ziehen dürfte. Der Reichsverband der österreichischen Buchdruckerbesitzer war an alle Buchdruckerunternehmer Österreichs mit dem Verlangen herangetreten, sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen ihrer Betriebe am 6. Dezember zu kündigen. Dieser Aufforderung sind die meisten Unternehmer nachgekommen und die Ausspernung ist in großem Umfange zur Tatsache geworden. Die Gehilfen haben daher beschlossen, am 13. Dezember in allen Druckerleien, die bis zu diesem Tage den vorgelegten Tarif nicht anerkannt haben, die Kündigung einzureichen. Da die Kündigungsfrist 14 tägig ist, wird also am 27. Dezember fast die gesamte Buchdruckerarbeiterschaft Niederösterreichs die Arbeit einstellen, falls bis dahin keine Einigung erzielt ist. Dazu ist allerdings wenig Aussicht vorhanden. Zwar hat der Ober-Gewerbesinspektor Taufel im Auftrag des Handelsministeriums die beiden Vorsitzenden des Tarifrats zu einer Besprechung eingeladen und ihnen einen Vermittlungsvorschlag unterbreitet, es ist aber sehr fraglich, ob die Regierung den notwendigen Einfluß auf die Unternehmer hat.

Politische Monatsschau.

Berlin, den 15. Dezember 1913.

Alldeutsche Auswüde. Die Verfassung in Scherben. Sturm im Reiche und im Reichstage. Unverantwortliche Verantwortliche. Rückzug des Kanzlers und der Mittelparteien. Der Dank für das Wehropter. Politik nach oben und nach unten. Ausnahme-gesetze und Arbeiterschaft.

Da die denkwürdigen Tage des Dezemberanfangs 1913 hinter uns liegen, kommt man nicht mehr in die Gefahr, in überschwänglichen Tönen den Mut und die Entschlossenheit unseres Reichsparlaments zu preisen. Nüchtern denn je betrachtet man die politischen Vorgänge innerhalb der schwarz-weiß-rotten Grenzpfähle und behält die Überzeugung, daß alles, was bürgerlich heißt, immer jämmerlicher sich gebildet. Wir sind ja schon allerlei an politischer Trostlosigkeit gewöhnt, aber ganz so fürchterlich jämmerlich wie in den letzten Tagen hat sich die Unzulänglichkeit unserer politischen Verhältnisse doch noch nicht offenbart. Vergewaltigten wir uns, was war.

In einem Garnisonsstädtchen des vor 42 Jahren »okkupierten« Landstrichs des Erblandes hat die alte- oder alteutsche Germanisierungspolitik einen gelien Trieb schließen und eine daraus entsprossene kleine Frucht platzen lassen. Nach vorn und hinten.

Das dabel nichts gutes herauskam, war nicht wunderbarlich. Die Sache war aber gar so übelduftend, daß sie weitere Kreise zog. Sie wurde noch schlimmer dadurch, daß höhere Behörden, statt den Auswuchs zu beschneiden, durch ihre Zurückhaltung den Anreiz zu weiteren »Taten« gaben. So entwickelte sich denn aus der schon — eidigen Äußerung eines kleinen Leutnants, »den uns keiner nachmacht«, der verfassungswidrige Zustand, daß gegen den Willen der Zivilverwaltung und ohne Befehl des obersten Kriegsherrn das Militär die Polizeigewalt über eine ganze Stadt an sich riß und in dem Belagerungszustande austobte. Damit war das vor 1 1/2 Jahren gefallene kaiserliche Wort durch den Tatendrang eines 19jährigen Leutnants unter der Sanktion seines Obersten und des im Pulverdampf ergrauten, siegreichen Hererobekriegers zur Tatsache geworden. Die Verfassung lag in Särben am Boden.

Aber eine stürmische Welle der Entrüstung raste durch die deutschen Gauen; sie brach sich erst an den Dämmen, die gegen das Eindringen der Kultur in die terrorergetzten Gefilde der Kraufjunker errichtet sind. Selbst Herr von Bethmann-Hollweg packte der Zorn. Als Hüter der Reichsverfassung und von den Sozialdemokraten unterstützter Schöpfer der elsäß-lothringischen Verfassung ging er in den Reichstag und ließ eine Erklärung vom Stapel, der man noch beim Lesen die bebende innere Erregung anmerkte. »Ich werde Sorge tragen, daß Recht und Gesetz respektiert werden.« Was ist das? Nichts! Es charakterisiert geradezu die Stellung unseres ersten Staatsbeamten, wenn er eine so nichtssagende Erklärung hin ausschleudert, als ob sie klassisch wäre.

An der diplomatischen, wohl vorbereiteten Erklärung merkt man richtig, daß zwischen dem Verantwortlichen und dem Monarchen, demgegenüber er sich allein verantwortlich fühlt, noch eine andere, unsichtbare Macht waltet, zu der der Kanzler in gottgewollter Abhängigkeit steht und mit der er sich nicht ins Benehmen setzen konnte. Gleichsam um das auch nach außen zu dokumentieren fuhr nicht der Verantwortliche nach Donaueschingen zur Konferenz mit dem Kaiser, sondern der Kriegsminister, der nach seinen späteren eigenen Ausführungen in dem Zaberener Falle gar nichts machen konnte. Zu dem verantwortlichen Minister, der bei entscheidenden Fragen nicht gerufen wird, kommt also noch ein Kriegsminister, der auf eine über die Stränge schlagende Soldateska keinen Einfluß hat. Schon bei dieser doppelten Kalkulation hätte Herr Bethmann in der Wilhelmstraße seine Sachen packen müssen. Statt dessen tritt er vor die Volksvertretung und vertritt den Extrakt der Unterredung, bei der er ausgeschaltet war. Aber wie! In einer langen Rede bemühte er sich, eine objektive Darstellung des Falles zu geben, das diktatorische Säbelregiment, entscheidend, ganz ganz leise tadelnd, weniger rückhaltvoll die Bevölkerung ob ihres Verhaltens verweisend, und am Schluß den Sinn seiner Rede dahin zusammenfassend: ich habe mich bemüht, die Entwicklung des Konfliktes streng sachlich vorzutragen. Heutig wegen des leeren Geredes angegriffen, pfeift im vorhinein auf das Mißtrauensvotum, das er erwartet, stößt die Konservativen für ihre Verfassungsgegnerschaft gegen den Bauch und sitzt nun so mutterseelenallein da als der erste »Bevollmächtigte des Volkes«, ohne das Volk hinter sich zu haben. In einer Anwendung von Mut und Stolz stellte der Reichstag mit 293 gegen 54 Stimmen dem Reichskanzler ein Mißtrauensvotum aus. Grolendern Herzens kutschier er nun endlich nach der Fürstenbergschen Besitzung, um das Jagdvergnügen seines kaiserlichen Herrra auf 2 Stunden zu unterbrechen. Ob er dort seine Demission angeboten hat oder nicht, kein gewöhnlicher Sterblicher hats bisher erfahren. Anderntags ließ es, er sei unempfindlich gewesen und hätte vergessen, über bereits angeordnete Maßnahmen zu berichten. Aber am folgenden Tage war's wieder mit der Unpäßlichkeit vorbei.

Kein Mensch wußte, was eigentlich war — außer den bürgerlichen Parteien: Fortschrittler, National liberalen und Zentrum. Diese wußten genau, daß sie — umfallen würden, daß sie sich keineswegs der Unhöflichkeit der Konsequenz schuldig machen wollten. Und so klang denn aus ihren Reden das Eingeständnis des Katzenjammers nach dem Rausche der eigenen Kurausche. Beileibe wollten sie das »Mißbilligungsvotum« nicht so verstanden haben, daß der Kanzler nun sein Bündel schnüren solle. In verschiedenen Erklärungen trat Herr Bethmann Tag für Tag etappenweise den Rückzug an, um ihn mit einer lächerlichen Reibung an der Sozialdemokratie zu beschließen. Bei der Etaiedebatte war die Ehlnigkeit zwischen den Herren Bethmann, Basser-mann, Wiemer, Spahn und Westarp so ziemlich wieder hergestellt. Wenn aber der sozialdemokratische Antrag zur Kanzlerverantwortlichkeit zur Verhandlung kommt, wird sich das Grauen vor der Parliamentsherrschaft von Wiemer bis Westarp in einem Strome ergießen. Der kreißende Berg hat dann noch nicht einmal ein Mäuslein geboren.

Noch kläglicher erscheint aber das Verhalten der bürgerlichen Parteien, wenn man bedenkt, daß sie vor einigen Monaten demselben Militarismus Milliarden bewilligt haben, der heute demonstrativ allen Verfassungsfreunden eine klatschende Ohrfeige versetzt. Sie hätten es ja jetzt in der Hand, bei den Etatberatungen sich zu revanchieren und den Etat nicht eher zu bewilligen, als Garantien geschaffen sind, die den Militarismus in seine dem Staate dienende Stellung verwiesen hätten. Denn in der

Wirklichkeit scheint es umgekehrt zu sein. Mindestens betrachtet die Militärpartei den Staat lediglich als einen Organismus, der den Zweck hat, Mittel für den Militarismus aufzubringen. Betragen doch die im Etat veranschlagten Ausgaben für das Reichsheer, die Marine und die sonstigen militärischen Zwecken dienenden Einrichtungen fast 2 1/2 Milliarde!

Diese Forderungen sind ein direkter Hohn auf die sich gegenwärtig von Tag zu Tag steigende Not, das fortgesetzt sich vermehrende Elend der Arbeitslosigkeit. Hier kommt die Reichstagsmehrheit, wenn sie sich teilweise überhaupt dazu verstellen hat, kaum an platonische Erklärungen heran. Millionen und Abermillionen werden dem Moloch in den Rachen geschoben. Aber die Not der Volksgenossen stört die militärrömmige Bewilligungsmaschine Reichstag nicht. Von der ungezählten Menge anderer Kulturaufgaben, die im Deutschen Reiche ihrer Lösung harren, gar nicht zu reden. Da ist es denn kein Wunder, daß das Reich selbst auf einen so geringen Einnahmeausfall nicht verzichten kann, wie er durch die Vergünstigung bei der Einfuhr ausländischen Fleisches entsteht. Auf einmal findet in diesem Falle der sonst so schwankende Kanzler seine Bestimmtheit wieder. Kategorisch läßt er erklären, daß er die Vergünstigung bei der Fleischeinfuhr nicht über den 1. März 1914 hinaus zu gewähren gedenke. Es handelt sich dabei ja auch um Interessen der Besitzenden, im besonderen der »notleidenden Agrarier«. Selbst das Zentrum, das sich so oft und viel darauf zugute tut, »auch« eine Arbeiterpartei zu sein, macht diese Raubpolitik mit. Wie könnte man auch etwas anderes von den bürgerlichen Parteien erwarten, wenn sie selbst nicht einmal den Mut und die Kraft aufbringen, ihre eigenen, die Verfassung betreffenden Forderungen mit Hilfe der Ablehnung des Etais durchzusetzen. Vielleicht bedürfte es sogar nur der Drohung. Denn auch unsere halbabsolutistische Regierung könnte es nicht wagen, bei noch so vielen Reichstagsauflösungen gegen den Willen der Mehrheit im Parlament zu regieren. Aber der Knüppel liegt eben beim Hunde. Die Regierung braucht die bürgerlichen Parteien und ohne die Regierung wären die bürgerlichen Parteien nichts. So bewilligten sie lieber die Milliarden, bleiben an der Krippe und lassen das Volk schmadhen nach Redt und Brot.

Und doch! Um wieviel schlimmer möchte es aussehen, wenn nicht als lautschlagendes Gewissen die freie Arbeiterbewegung vorhanden wäre. Um sie dreht sich die ganze Gesetzgebung. Je mehr das aber der Fall ist, desto lauter ertönt das wütende Geschrei nach Knebelung der Arbeiterklasse. Die Junker, Industrieverbände, Handelskammern, Regierungen, Hansabund, alles durcheinander organisiert eine Hetze gegen die Arbeiter, organisiert einen Druck auf die Regierung zur Einbringung von Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterklasse. Herr Bethmann versichert: ein Arbeitswilliges Gesetz ist nicht in Vorbereitung, aber die Regierung, das Reichsamt des Innern sammelt Material! Im vertrauten Kreise gesteht er schließlich auch: wie soll ich mit diesem Reichstage ein solches Gesetz fertig bringen. So demontiert er sein eigenes Dementi. Die Arbeiterschaft steht darum trotz Mißtrauensvotum, trotz Großblick, trotz Dämpfung und trotz aller arbeitserfreundlichen Versicherungen von verschiedenen Seiten allein. Sie muß sich auch allein helfen, allein die Freiheit erringen. Von den bürgerlichen Parteien kann sie nichts ihr förderliches erwarten. Im Gegenteil! Persönliches Regiment, Herrschaft der Junker- und Militärbehörde, Rückgratlosigkeit der Mittelparteien! So schaukelt der Reichskarren im alten Trabe weiter zwischen Verfassungsrechtlichkeit und Scheinkonstitutionalismus. Aus Angst um die Herrschaft der Besitzenden und vor der Macht der Sozialdemokratie. Wie lange noch? ag.

Zwei vielerörterte Tagungen.

1. Die 6. Hauptversammlung der Gesellschaft für soziale Reform.

In den letzten Wochen fanden zwei Kongresse statt, die viel von sich reden gemacht haben: die Hauptversammlung der Gesellschaft für soziale Reform und der christlich-nationale Arbeiterkongreß. Auf die erste Tagung wurde bereits in der letzten sozialen Monatsschau kurz bezug genommen. Ihre Wichtigkeit erfordert jedoch noch eine ausführlichere Berichterstattung. Wir lassen daher den eingehenden Bericht, den der »Korrespondent« über die Tagung veröffentlichte, hier folgen.

Die Gesellschaft für soziale Reform hielt am 21. und 22. November ihre 6. Hauptversammlung in Düsseldorf ab. Die Tagungen dieser Gesellschaft haben von jeher ein lebhaftes Interesse in gewerkschaftlichen Kreisen aller Richtungen erweckt. In erster Linie deshalb, weil dort soziale Probleme, die herausgewachsen aus der fortwährenden Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, eine freimüßige Erörterung erfahren. Gegenstände besonderer Bedeutung waren auf der diesmaligen Tagung folgende: »Rechtsfragen des Arbeitstarifvertrages (Haftung und Abdingbarkeit) und ihre gesetzliche Lösung« (Rechtsanwalt Dr. Hugo Sinzheimer); »Neue Aufgaben des gewerblichen Einigungswesens« (Dr. Waldemar Zimmermann); »Brauchen wir ein Reichseinigungsamt?« (Dr. Freiherr v. Berlepsch).

Dr. Sinzheimer, der bekannte Vorkämpfer des tariflichen Arbeitsrechts, wies in seinem Referate darauf hin, daß der große Ideenstreit darüber, ob an Stelle des individuellen der kollektive Arbeitsvertrag treten soll, den vor allem Brentano und der Verein für Sozialpolitik in den neunziger Jahren durchgedacht habe, als ausgetragen zu betrachten sei. Heute siehe die Gesetzgebungsfrage im Vordergrund. Sie ergebe sich aus dem Widerspruch, in dem sich der Gedanke und die Tendenz des Tarifvertrages mit der geltenden Rechtsordnung befinden. Redner versäumte nicht, im Laufe seines Vortrages die hervorragenden Leistungen der freien Gewerkschaften auf dem Gebiete des Tarifwesens gebührend hervorzuheben, was den anwesenden Vertretern der Hirsch-Dunkerschen und der christlichen Gewerkschaften natürlich nicht in den Kram paßte. Gleichauf von den Hirsch-Dunkerschen bedauerte die Feststellungen Sinzheimers und ritt im übrigen eine Attacke gegen die sogenannten Monopolbestrebungen der freien Gewerkschaften in der Tarifrfrage. Dr. Max Hirsch habe bereits vor 25 Jahren den Tarifgedanken vertreten. Lemke, der Vertreter des christlichen Bauarbeiterverbandes, zog gleichfalls gegen das Urteil Sinzheimers vom Leder. Es habe unangenehm berührt, daß der Referent einseitig die Verdienste einer Richtung der Arbeiterbewegung hervorgehoben habe. Die christlichen Gewerkschaften blühten doch nicht im Vorborgenen. Die Literatur zeige doch, daß die christlichen Gewerkschaften Dränger auf dem Gebiete des Tarifwesens seien, und daß seit ihrer Gründung der Tarifgedanke erst richtig in Fluß gekommen sei. Während sich so Hirsche und Christliche um die Palme des Ruhms stritten, vermieden es die Vertreter der freien Gewerkschaften klugerweise, sich in diesen unfruchtbaren Streit einzumischen. Sie begnügten sich vielmehr damit, die vom Referenten aufgeworfenen Fragen tariflicher Natur in wirklich großzügiger und eindrucksvoller Weise vom freigewerkschaftlichen Standpunkte zu behandeln. Lepart, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, präziserte die Stellungnahme der freien Gewerkschaften zu der vom Referenten geforderten gesetzlichen Regelung des Tarifvertragswesens. Er bemerkte dazu u. a.: »Solange die gegenwärtige Verteilung von Rechten bei uns in Deutschland vorhanden ist, solange wird unser Mißtrauen gegen eine gesetzliche Regelung fortbestehen trotz der guten Absichten, die die Herren von der Gesellschaft für soziale Reform zweifellos haben. Wir wollen uns lieber mit dem gegenwärtigen Zustand abfinden, als daß eine Gesetzgebung zustande gebracht würde, die für uns weniger günstig wäre. Well das Recht des Arbeiters in Deutschland im allgemeinen noch wenig Anerkennung gefunden hat und findet, sind wir der Meinung, daß wir am besten fahren, wenn wir uns auf unsere eigene Stärke und Macht stützen. Wir werden auch künftig unsere Macht den Arbeitgeber gegenüber noch zu stärken suchen. Wir lehnen deshalb eine Anrufung der Gesetzgebung ab, trotzdem vieles im argen liegt. Richtiger wäre es, die bestehenden Gesetze auf die Verhältnisse des Arbeiters loyal und gerecht anzuwenden.« Freiherr v. Berlepsch ersuchte die christlichen und Hirsch-Dunkerschen Redner, eine Polemik gegen die freien Gewerkschaften zu unterlassen, weil deren Vertreter eingeladen und als Gäste anwesend seien. Die Frage der Tarifverträge sei so wichtig, daß die Gesellschaft für soziale Reform die Mitwirkung der freien Gewerkschaften an der Versammlung gewünscht habe, namentlich, wo es sich um Aufklärung handle. Soweit der Vorsitzende.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften ehrten sich und ihre Mandatgeber, daß sie, wie gesagt, dem vom Zaune gebrochenen Streite der gegnerischen Richtungen auswichen. Das war um so angebrachter, als Dr. Sinzheimer in seinem Schlußwort auf die Anpassungen in seine Ausführungen über die freien Gewerkschaften noch unterstrich, indem er erklärte, daß die Tarifverträge das Werk unabhängiger Berufsvereine seien. Dann meinte er weiter: »Dies Werk ist ein Kulturwerk hohen Grades, und daran sind die freien Gewerkschaften in hohem Maße beteiligt, denn 85 Proz. aller abgeschlossenen Tarifverträge sind ein Werk der freien Gewerkschaften.« Daß die Herren von dieser kategorischen Erklärung Dr. Sinzheimers nicht erbaud waren, läßt sich denken. Eine drastischere Kennzeichnung der Ohnmacht der christlichen Gewerkschaftspolitik ist kaum denkbar.

Dr. Waldemar Zimmermann behandelte am zweiten Verhandlungstage das Thema »Neue Aufgaben des gewerblichen Einigungswesens« und führte u. a. aus, daß, obwohl das gewerberechtliche und das freie, von Berufsverbänden partiell organisiert Einigungs- und Schiedswesen in der deutschen Gewerbewelt im letzten Jahrzehnte große Erfolge und Fortschritte aufweise, sich eine zweckbewußte äußere und innere Ausgestaltung dieser Sireitschlichtungsanstalten mit moralischen, organisatorischen und rechtspolitischen Mitteln empfehle. Entscheidend für die gedeihliche Weiterentwicklung des Prinzips friedlicher Verhütung und Beilegung von Arbeitszwisten seien aber nach wie vor vier Dinge: der systematische Ausbau unabhängiger, gut geleiteter Berufsorganisationen auf Arbeitgeber- und Arbeitgeberseite, die Pflege des Geistes kollektiver Verständigung zwischen beiden Lagern auf dem Fuß einer richtig verstandenen Gleichberechtigung — wobei der öffentlichen Meinung eine nicht

geringfügige Rolle zufällt —, die Sicherung der Tarifvertragsfüllung und der weltbildende Ausbau des hergebrachten gesetzlichen Einzelvertragsrechts der Arbeitsverhältnisse zu einem neuzeitlichen „sozialen“ Arbeitsrechte.

Dr. Freiherr v. Berlepsch wies in seinem Referat über die Frage: »Brauchen wir ein Reichseingangsamt?« auf die großen Produktionsstörungen hin, die durch Streiks und Aussperrungen entstanden. Der Zusammenschluß der Organisationen auf Arbeitnehmer- wie Arbeitgeberseite nehme ständig zu. Rüstung sei das Zeichen unserer Zeit auf dem wirtschaftlichen Kampfplatz. Unter solchen Umständen erwiesen sich die Maßnahmen zur friedlichen Beilegung von Kämpfen als unzureichend. Da könne man nicht die Frage aufwerfen, ob der Staat das Recht habe, hier einzugreifen, sondern die Frage sei, ob der Staat mit gekreuzten Armen zusehen dürfe, wer schließlich der Stärkere sein werde. Der Staat müsse mit allen modernen Mitteln den Schäden der wirtschaftlichen Kämpfe entgegenzutreten. Er unterbreite schließlich eine Reihe von Vorschlägen über das zu fordernde Reichseingangsamt.

Aus der interessanten Diskussion über diese beiden Referate möchten wir nur einiges herausgreifen. Wiederberg vom christlichen Bauarbeiterverband äußerte sich dahin, daß das zu errichtende Reichseingangsamt nach der Richtung ausgebaut werden möge, das dessen weitestgehende Mitwirkung bei Festsetzung von tariflichen Bestimmungen möglich sei, auch wenn ein Kampf nicht direkt drohe. Treffert beklagte die Zurücksetzung des Gutenbundes in der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker. Wenn eine unparteiliche Instanz bestände, wäre es unmöglich, daß eine Minderheitsorganisation so unterdrückt würde, wie es seit 15 Jahren im Buchdruckgewerbe der Fall sei. Die Regierung könne auf die Dauer nicht zusehen, wie Tarifverträge gemacht würden, die öffentlich-rechtlichen Charakter annehmen, die das Gewerbe ausschalten und die Minderheit unterdrücken, um die freien Gewerkschaften zu fördern. Auf diese bekannte Litanei gab später Rechtsanwalt Dr. Friedemann, der stellvertretende juristische Vorsitzende des Tarifamts, eine den Kern der Sache treffende und deshalb sehr bemerkenswerte Antwort. Er wies die Angriffe gegen die Eingangsinstanzen des Buchdruckgewerbes zurück und führte dabei aus: »Einer Minderheitsvertretung in den paritätischen Schlichtungsinstanzen stehen große Schwierigkeiten entgegen, weil ein einziger Vertreter bei der paritätischen Zusammensetzung das ganze Ergebnis umgestalten kann.« Beigeordneter Dr. Rath (Essen) verlangte bei der Langsamkeit der Reichssetzung Errichtung von Eingangsämtern auf dem Verwaltungswege und in den größeren Gemeinden. Winnig vom Deutschen Bauarbeiterverband erklärte die grundsätzliche Zustimmung der freien Gewerkschaften zur Errichtung eines Reichseingangsamts; er verschwie aber nicht das schwere Mißtrauen der Arbeiter gegen die heutige Bürokratie. Freiherr von Berlepsch freute sich sehr über die zustimmende Erklärung Winnigs, der hinzugefügt hatte, daß das Reichseingangsamt natürlich die Klassengegensätze niemals aufheben, wohl aber die Auseinandersetzungen humanisieren könne. Von den Unternehmervetretern sprach keiner, was auch ein Beweis dafür ist, wer den Frieden will. Freiherr v. Berlepsch erklärte kurz, man wisse ja, daß die Unternehmer vom Reichseingangsamt nichts wissen wollen — aber eine glückliche Gestaltung der Produktionsverhältnisse sei nur dann möglich, wenn starke Organisationen auf beiden Seiten vorhanden seien.

An die allgemeinen Verhandlungen schloß sich noch eine geheime Sitzung des Ausschusses der Gesellschaft für Soziale Reform, in der die Frage des Arbeitswilligenschutzes zur Erörterung stand. Dabei gelangte die bereits in voriger Nr. der »Gr. Pr.« (siehe »Soziale Monatschau«) veröffentlichte Resolution zur Annahme. Aus ihr spricht sozialer Geist. Die Gewerkschaften haben keinen Grund, die Unterstützung ehrlicher Kampfgesossen in ihrem schweren Ringen um etwas mehr Sonnenschein für die Arbeiterbewegung abzulehnen. Im Gegenteil, wir müssen solche Unterstützung begrüßen.

Kunst und Arbeiter.

Wir haben schon häufig ehrliches Bestreben, die Arbeiter mit den Schöpfungen der Kunst bekannt zu machen, bei gebildeten Bürgerlichen gefunden; doch fast ebenso häufig ließen sie nach einiger Zeit enttäuscht und mißmutig wieder davon ab. Sie glaubten wohl, bei den Arbeitern so rechte, ursprüngliche Begeisterung vorzufinden? Diese Enttäuschung würde wohl weniger groß sein, wenn es jenen Leuten möglich wäre, die Arbeiter mitten in ihrem sorgenvollen Leben kennen zu lernen. Würden sie die enormen Hindernisse kennen, die einer künstlerischen Durchbildung des Arbeiters entgegenstehen, sie würden nicht mißmutig, sondern voller Hoffnung in die Zukunft sehen.

Nach vor gut 30 Jahren gab es in der deutschen Industrie fast gar keinen Sonntag, 7 Arbeitstage in der Woche und täglich 11, 12, ja 16 und noch mehr Stunden schaffen; arbeiten im Winter, arbeiten im Sommer. Der ganze Lebensinhalt war die Arbeit und dazu die nervenzerrüttende, ewige Sorge um die Existenz. Die tägliche Arbeitszeit ist zwar in den meisten Industrien wesentlich gekürzt, aber die

Intensität der Arbeit ist überall ungeheuer gestiegen. Die Abspaltung nach der Arbeit ist also die gleiche. Gewinnt der Arbeiter aber einmal freie Zeit, hört die Sklaverei auf, dann fängt buchstäblich der Hunger an. Arbeitslosigkeit bedeutet in fast allen Fällen mehr oder weniger Hunger.

Nun kann man dem Arbeiter noch so oft erzählen, daß soviel Freunde in bürgerlichen Kreisen sich für sein Wohl und Wehe interessieren, er glaubt es nicht!

Er kann es nicht glauben! Er sieht als Konsument die Händler, die ihn nur so lange achten, als er ihr Kunde ist; er sieht den Hauswirt, der ihn häufig kaum eines Grußes würdigt; und so viele solcher Leute, die so unsagbar dumm, anmaßend und vor allem brutal egoistisch sind.

Und seine Arbeitgeber? Muß er ihnen nicht in allen Fällen die geringste Verbesserung seiner Lebenslage mühsam abtrotzen? Sieht er nicht immer wieder, wie in den Werkstätten jeder charakterlose Streber vorgezogen wird, wie man lieber einen Stümper belohnt, als einen aufgeweckten, tüchtigen Arbeiter, nur weil letzterer auf sein Recht pocht und das unterwürfige Bitteln verlernt hat? Dann braucht nur noch jemand zu kommen und ihm zu sagen: »Aber, das ist doch dein Bröter!«

Muß sich ein intelligenter Arbeiter da nicht fragen: Steht denn die Welt auf dem Kopf? Ist es der natürliche Zweck der Warenproduktion, dem Unternehmer recht viel Profit abzuwerfen? Gilt denn das Wohl und Wehe der übergroßen Mehrzahl der Menschen nichts? Ist der Handel nur für den Händler und seinen möglichst großen Geschäftsgewinn da? Soll man Wohnhäuser nur zu dem Zweck bauen, um möglichst viel Mietzins daraus zu gewinnen?

Ist es nicht ein Beweis für den ungeheuren Fortschritt der geistigen Entwicklung, daß Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen erkannt haben, wie sie im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben immer nur Mittel zum Zweck, immer nur Objekt, immer nur Amboß sein sollen? Kann man von einer Arbeiterschaft, die Jahrhunderte in Unterdrückung gelebt, unter Ausbeutung geseuht hat, mehr verlangen? Mir will scheinen, wenn man die Arbeiterklasse so betrachtet, dann hat man kein Recht, kleinmütig zu zagen und zu grollen.

»Wähntest du etwa, ich sollte das Leben hassen, in Wüsten fliehen, weil nicht alle Blühträume reifen?«

Es gibt keinen Stillstand! Gerade in unserer Zeit macht die Menschheit eine Wandlung durch, die in der Weltgeschichte ohnegleichen ist. Getrieben durch die ungeheure Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, ändern sich alle gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Eine unübersehbare Menschenmasse, jahrhundertlang gedrückt und geknechtet, redt sich nach Luft und Licht. Vorwärts ist ihre Parole! Einer kleinen, einsichtigen, ihres Willens bewußten Schar folgen die Massen mit natürlichem, sicherem Instinkt. Und unablässig arbeiten diese Menschen an ihrer eigenen Vervollkommnung als — *Klassenkämpfer*. Alle Bildungs- und Aufklärungsarbeit geschieht unter diesem Gesichtspunkt.

Wir wissen wohl, daß hier die Hauptkritik der bürgerlichen Arbeiterfreunde einsetzt. Ich erinnere mich noch, wie mir einst geantwortet wurde: »Muß man denn immer nur politische Fragen besprechen? — Und dann: »Gibt es denn nur soziales Elend? Ob Unglück in der Arbeiterfamilie oder bei Wohlhabenden, jedes Unglück muß doch rein menschlich interessieren. Aber die Arbeiter interessieren sich nur für die soziale Seite solcher Dinge!«

Ich will gern zugeben, wenn es sich um wirklich gebildete Menschen handelt, kann der Schmerz über ein Unglück bei Wohlhabenden größer sein, kann ihr Gemüt tiefer aufgewühlt werden, als bei einfachen, von der Not des Lebens stumpf gemachten Arbeitern. Nur bestreite ich entschieden, daß es im Bürgertum verhältnismäßig mehr Gebildete gibt als in der Arbeiterschaft. Schulwissen ist Geldsackvorrecht und hat selten etwas mit der Bildung zu tun, von der in diesem Sinne gesprochen sein soll. Irren ist menschlich! Darum nimmt die wohlhabende Mutter, wenn ihr Kind krank ist, zwei und drei Ärzte, nimmt die teuerste Medizin, die beste Kost, Klimawechsel und dergleichen.

Doch wieviel tausend Säuglinge gehen jahraus, jahrein zugrunde in den engen, überfüllten, luft- und lichtlosen Proletarierwohnungen? Muß es nicht wie blutiger Hohn wirken, wenn der Arzt sagt: »Ihr Kind kann gerettet werden, sorgen Sie nur für kräftige Essen, für gute Luft und Sonnenschein. . . . Denken wir uns in die Lage einer solchen Mutter, wenn zu dem Schmerz über die Leiden des Kindes noch die ohnmächtige Wut, noch der Fluch über die elende Gesellschaftsordnung tritt. Ihr Kind muß sterben, weil sie arm ist, während viele andere nicht in der Lage sind, selbst mit der raffiniertesten Verschwendung die Zinsen ihres Vermögens zu verbrauchen. All die Katastrophen, die jährlich gefüllt werden könnten mit Leiden von Schwindsüchtigen, das Heer der Säuglinge, die sterben und verderben als Opfer der sozialen Not, dazu die weit über 9000 Toten und durchschnittlich 130000 Verunglückten, die die deutsche Industrie jährlich als Opfer fordert — und daran sollte die Arbeiterschaft gedankenlos vorbeigehen? Ständiges Elend, Unglück und Tod,

dazu die ewige Unsicherheit der Existenz, die Sorge um Arbeit und Einkommen, das alles läßt die Gedanken des Arbeiters keine Stunde frei! Er ist Sklave der ihn umgebenden Verhältnisse!

Aus dieser Misere der kapitalistischen Knechtschaft kann ihn keine noch so große Kunstbegabung erretten. Je größer seine Liebe zur Kunst, je tiefer sein Kunstverständnis, um so fürchterlicher erscheint ihm seine soziale Abhängigkeit. Um so dringender erscheint ihm aber auch der Kampf an der Seite seiner Klassengenossen. Das Gros der bürgerlichen Gebildeten steht dem politischen Leben verachtend und feindselig gegenüber, leugnet die wirtschaftlichen Gegensätze und steckt vor den grauenhaften Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens den Kopf in den Sand. Anders der Arbeiter. Er kann nicht über all das hinwegsehen. Er lebt, er leidet ja mitten drin und nur der Gedanke an die Änderung der bestehenden Verhältnisse verleiht ihm Mut und Kraft zum Weiterstreben.

So erklärt es sich auch, daß bei dem Arbeiter die Werke der Kunst auf das größte Verständnis stoßen, die sich mit den großen Problemen der sozialen Frage beschäftigen. Und noch eins kommt hinzu: Je heißer in dem Arbeiter der Wunsch nach geistiger und künstlerischer Vervollkommnung lebt und je gewissenhafter er daran arbeitet, um so empfindender muß er gewahr werden, wieviel an elementarem Wissen ihm fehlt. So wird seine mangelhafte Schulbildung, die häufig ganz in die Gegensatz zu seiner geistigen Veranlagung steht, zum Hindernis für seine Weiterentwicklung zu künstlerischem Verständnis. Nicht die Dummheit der Arbeiter, sondern ihre völlige Vernachlässigung seitens der Schule, auf den Gebieten der Weltgeschichte, Religionsgeschichte, der Mythologie der Griechen, Römer und Germanen und manches andere, das bringt und erklärt die Gleichgültigkeit, ja Abneigung vieler Arbeiter gegen vieles, was unsere Klassiker geschaffen haben. Darum müssen alle Versuche Außenstehender, die Arbeiterschaft für die Kunst zu interessieren, von Mißerfolg begleitet sein. Trotz aller guten Absichten müssen ihre Veranstalter sich früher oder später enttäuscht und ermüdet zurückziehen. Ohne Verständnis für den wirtschaftlichen und politischen Kampf des Proletariats wird niemand an seiner geistigen und künstlerischen Bildung arbeiten. Um so verblüffender ist der Erfolg, sobald die Arbeiterschaft selbst diese Befreiungsarbeit in die Hand genommen hat. So den Befreiungskampf als ein geschlossenes Ganzes geführt, muß hier erst das Wort zur Wahrheit werden: »Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.«

Adolf Domnik.

Eingegangene Gelder.

Für das 3. Quartal 1913 wurden noch folgende Beiträge an die Hauptkasse gesandt:

Altenburg 97,78, Altona 100,00, Altwasser 435,31, Aschaffenburg 187,35, Aschersleben 2. Rate 400,00, Barmen 2. Rate 141,05, Bielefeld 500,00, Bonn 169,81, Braunschweig 50,00, Brandenburg 2. Rate 400,00, Braunschweig 800,00, Bremen 300,00, Brünzau 50,00, Burgstädt 175,00, Chemnitz 2. Rate 800,00, Coblenz 100,00, Colmar 108,66, Cöln 126,04, Cöslin 60,00, Crefeld 700,00, Crimmitschau 2. Rate 500,00, Danzig 250,00, Darmstadt 300,00, Dessau 331,52, Detmold 252,13, Dresden 4000,00, Dulsburg 92,96, Düren 398,90, Düsseldorf 104,20, Ellenburg 198,56, Elberfeld 450,00, Erfurt 505,55, Essen 400,00, Eßlingen 2. Rate 200,00, Frankfurt a. O. 2. Rate 150,00, Freiburg i. Schl. 187,75, Gera 200,00, Glauchau 125,00, Gleiwitz 265,47, Glogau 2. Rate 150,00, Göppingen 400,00, Görlitz 429,62, Grimma 150,00, Halle 2. Rate 400,00, Hanau 916,00, Hannover 2. Rate 1400,00, Hechingen 203,42, Heidelberg 90,00, Heilbronn 245,55, Herford 312,33, Hildesheim 170,00, Hirschberg 50,00, Hof-Göhlenua 160,00, Jena 460,50, Iserlohn 474,80, Irlzohoe 100,00, Kaiserslautern 2. Rate 70,00, Karlsruhe 400,00, Kattowitz 2. Rate 226,18, Kautbeuren 300,00, Leipzig 11 000,00, Lobberich, 150,00, Lübeck 2. Rate 400,00, Magdeburg 1000,00, Mannheim 945,64, Meiningen 100,00, Meißen 900,00, Mühlhausen i. Th. 51,28, Mülhausen i. Els. 376,75, München I 3000,00, München II 3393,00, München III 448,32, M.-Gladbach 2. Rate 50,00, Neu-Isenburg 300,00, Nordhausen 100,00, Nürnberg I 360,14, Nürnberg II 1256,18, Nürnberg III 400,00, Offenbach a. M. 300,00, Offenburg 180,00, Osnabrück 55,00, Plauen 200,00, Posen 150,00, Potsdam 50,00, Regensburg 91,44, Reichenbach 2. Rate 175,00, Remscheid 130,86, Rheidt 2. Rate 600,00, Rudolstadt 42,67, Saalfeld 1600,00, Schwabach 392,90, Schwenningen, 120,00, Schwerin 100,00, Seib 400,00, Solingen 230,67, Stolberg 187,25, Straburg 360,00, Stuttgart II 1596,38, Trier 264,19, Weimar 150,00, Würzburg 400,00, Würzen 231,39, Zellitz 150,60, Zittau 50,00 und Zwickau 400,00 Mk.

Für das 4. Quartal 1913 gingen ein: Aschersleben 400,00, Bautzen 600,00, Brandenburg 400,00, Danzig 300,00, Düsseldorf 300,00, Einbeck 100,00, Eßlingen 400,00, Frankfurt a. M. II 500,00, Frankfurt a. O. 150,00, Fürth 500,00, Karlsruhe 400,00, Offenbach a. M. 200,00, Rheydt 270,00 und Schleitzau 150,00 Mk.

Die Mitgliedschaften welche für das 3. Quartal 1913 weder Geld noch Abrechnung eingesandt haben, werden hierdurch nochmals aufgefordert, doch in Bälde ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Berlin, den 15. Dezember 1913. *Wilh. Brall.*



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Schattenseiten der technischen Entwicklung.

III.

Das Bemühen der Berufsgenossenschaften, alle Schuld an den sich täglich ereignenden Betriebsurfällen nach Möglichkeit den Arbeitern aufzubürden, findet seine korrespondierende Ergänzung in dem Bestreben, die für die Unfallfolgen zu zahlenden Entschädigungen auf das denkbar niederste Maß herabzudrücken. Und wenn ihnen das gelungen ist und der Unfallverletzte hat seine Rente einige Zeit erhalten, dann wird der grobe Unfug mit der sogenannten »Gewöhnung an die Unfallfolgen« geübt und eine weitere Verkürzung der Rente versucht und in den meisten Fällen mit Hilfe der vorgesetzten Instanzen auch erreicht, wenn nicht gar die Aufhebung der Rente das Ziel der Anstrengungen der Berufsgenossenschaft ist. Auch hierin zeigt sich die Eigenschaft der Berufsgenossenschaft als Unternehmereinrichtung, in der der Arbeiter, das Objekt dieser Einrichtung, nichts zu sagen hat.

Wir haben schon sehr oft die Verkenning ihrer eigentlichen Aufgaben durch die Berufsgenossenschaft feststellen müssen und wir müssen das immer erneut wieder tun, wenn wir uns mit dieser Institution beschäftigen. Nicht das ist ihr Zweck, die Unfallursachen und die Unfallquellen zu verschleiern und auf die Unfallrenten zu drücken, sondern ihre erste Aufgabe soll sein, Maßnahmen zu ergreifen, um die Unfälle unmöglich zu machen, die Unfälle zu verhüten. Diese Aufgabe allerdings, durch deren richtige Lösung sich die Berufsgenossenschaft viele Tausende ersparen könnte, wird von ihr erst in zweiter Linie beachtet. Das kommt am treffendsten zum Ausdruck, wenn man die Aufwendungen ansieht, die die Berufsgenossenschaft für Unfallverhütung macht, und die daneben hält, die zum Zwecke der Rentenquetscherei verwandt werden. Im letzten Geschäftsjahr sind ja wohl die Unfallverhütungskosten um einige Tausend Mark angewachsen; ausgegeben wurden 18271 Mark. Um aber die Ursachen der Unfälle festzustellen und die für die Unfallfolgen notwendige Rentenhöhe zu normieren, stellte die Berufsgenossenschaft 23 148 Mk. bereit. Ihr dünkte demnach viel wichtiger, für allerlei bürokratische Maßnahmen einzutreten, als Vorsorgen zu treffen, daß dem heiligsten Gut der Arbeiter, der Gesundheit, aus der Beschäftigung in den gewerblichen Unternehmungen kein Schaden erwächst. Und fast so groß, wie die zur Verhütung von Unfällen aufgewandten Mittel sind, beziffern sich die Ausgaben, die zum Rentenquetschen bereitgestellt wurden. Mehr als 12000 Mk. dienen diesem Zweck! Damit bleibt sich freilich die Berufsgenossenschaft nur selbst konsequent, wie sich aus der nachstehenden Entwicklung (siehe Tabelle auf Spalte 2) der für Unfallverhütung und für Unfalluntersuchung und Entschädigungsfeststellung sowie für den Rechtsgang aufgewandten Mittel ersehen läßt. Das oben gekennzeichnete Verhalten der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft kommt in dieser Aufstellung in einwandfreier Weise zum Ausdruck. Diese jedem sozialen Empfinden hohnsprechende Tendenz bringt es denn auch fertig, daß gegen eine sehr große Zahl der berufsgenossenschaftlichen Rentenfestsetzungen Einsprüche erhoben werden. Im Berichtsjahre fällte die Berufsgenossenschaft 1476 berufungsfähige Entschiede. Gegen 336 dieser Entschiede wurden von den Verletzten Berufungen eingelegt, von denen in 103 Fällen die Verletzten ein obsiegendes Urteil erlangten, während zu Gunsten der Genossenschaft in 199 Fällen entschieden wurde. Durch Vergleich erledigten sich 8, durch Zurücknahme der Berufung durch den Verletzten 24 und durch Zurücknahme des

Jahr	Unfallregulierung			Unfallverhütung
	Unfall-Untersuchung u. Entschädigungsfeststellung Mk.	Rechtsgangkosten Mk.	Zusammen Mk.	
1888	1 246	1 839	3 085	—
1889	2 225	2 597	4 822	7 595
1890	2 407	1 712	4 119	8 620
1891	2 683	2 861	5 544	8 293
1892	3 592	2 308	5 900	7 739
1893	3 754	3 083	6 837	6 570
1894	4 586	3 063	7 649	8 330
1895	5 562	3 285	8 847	8 315
1896	5 818	3 313	9 131	7 258
1897	7 100	4 998	12 098	8 923
1898	6 555	3 466	10 021	8 563
1899	7 063	4 571	11 634	9 370
1900	8 431	3 937	12 368	5 760
1901	9 156	4 458	13 614	6 404
1902	8 601	6 811	15 412	7 326
1903	10 305	6 515	16 820	6 213
1904	11 797	6 756	18 553	7 221
1905	13 432	6 282	19 714	6 585
1906	14 355	7 046	21 401	7 111
1907	18 068	9 432	27 500	7 228
1908	17 956	10 919	28 875	8 593
1909	19 766	10 933	30 699	11 736
1910	19 979	11 798	31 777	13 509
1911	21 553	12 640	34 193	13 498
1912	23 148	12 170	35 318	18 271

Entscheides durch die Genossenschaft 2 Einsprüche, während 2 weitere an die Vorinstanz zurückverwiesen wurden und 57 unerledigt blieben. Gegen diese Entscheidungen der vorgesetzten Versicherungsbehörde meldete die Genossenschaft in 42 Fällen, der Unfallverletzte in 71 Fällen und beide Parteien in einem weiteren Falle Rekurs an. Hiervon wurde zu Gunsten der Genossenschaft in 35, zu Gunsten der Verletzten in 16 Fällen entschieden, während der Rekurs in einem Falle zurückgenommen wurde und 62 unerledigt blieben.

Außerordentlich umfangreich im Hinblick auf die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle waren auch die Anträge auf anderweitige Feststellung der Entschädigungen nach § 88 Abs. 3 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes. Dieser § resp. Absatz besagt, daß eine anderweitige Feststellung der Entschädigungen innerhalb der ersten fünf Jahre von der Rechtskraft der Bescheide an gerechnet auf Antrag oder von Amtswegen durch Bescheid der Berufsgenossenschaft, nach diesem Zeitraum aber nur auf entsprechenden Antrag durch Entscheidung des Schiedsgerichts erfolgen kann. Die Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft stellte 260 solcher Anträge, Unfallverletzte nur 4. Erreicht sollte durch den Antrag werden in 106 Fällen eine Herabsetzung der Rente, in 153 die gänzliche Aufhebung, in 4 eine Erhöhung und in einem Falle die Wiedergewährung der Rente. 8 von diesen Anträgen wurden vor der Fällung des Entscheidendes des Schiedsgerichtes zurückgenommen. In 29 Fällen wurde der Antrag abgewiesen, darunter bemerkenswerter Weise die Anträge, die eine Erhöhung oder die Wiedergewährung der Rente zum Zweck hatten, in 103 Fällen wurde die Rente tatsächlich aufgehoben und in 85 wurde sie herabgesetzt, während 40 Fälle unerledigt blieben. Auch in bezug auf diese Entschiede steht den Beteiligten das Einspruchsrecht zu. Es wurde ausgeübt von der Genossenschaft in 36 Fällen, von denen 24 einen Erfolg brachten, und in 43 Fällen von den Versicherten, die nur in 13 Fällen einen Erfolg zeigten.

Diese umfangreiche Tätigkeit zur Feststellung der Unfallrenten wie überhaupt das ganze Rentenstreitverfahren muß auf die dabei beteiligten Arbeiter ein ganz niederdrückendes Gefühl auslösen. Erst operten sie im Interesse des Betriebes ihre gesunden Knochen und dann müssen sie langwierige Kämpfe um eine erbärmlich niedrige Rente führen, die auf Körper und Geist zerrütend wirken und neben der körperlichen Schädigung noch schwere Gefahren geistiger Natur mit sich bringen. Und zu alledem kommt zum guten Schluß noch, daß sie von den Berufsgenossenschaften und deren auf Rentenquetscherei geeichten Vertrauensärzten als der Simulation verdächtig angesehen werden, eine in ihrer Allgemeinheit geradezu unerhörte Beschimpfung, die leider von einer gewissen Sorte Wissenschaft noch »wissen-

schaflich« gestützt wird. Man kann heute unzählige Preßstimmen anführen, in denen Ärzte und Professoren und andere wissenschaftlich durchgebildete Leute zum stillen Frohlocken unserer Berufsgenossenschaften in diese Kerbe hauen, ohne freilich für ihre maßlosen Angriffe und Beschimpfungen auch nur den Schatten eines Beweises zu erbringen. So konnte man — um nur ein Beispiel hierfür anzuführen — im Mai ds. Js. in der »Frankfurter Zeitung« eine Abhandlung: »Der Unfall und seine nervösen Folgen« lesen, in der ein Frankfurter Sanitätsrat »psychologische Betrachtungen« darüber anstellte, wie verdirbt der Arbeiter von heute ist, der sich nicht bei den manchmal recht erbärmlich niedrigen Renten beschelden will, sondern für seine Verstümmelungen eine höhere Rente beansprucht, als ihm die Berufsgenossenschaft gnädigst zubilligt. Der Mann sagt da u. a.:

»Es liegt nun in der Natur der Sache, daß die Schädigungen des menschlichen Körpers durch einen Unfall nicht viel mit der modernen Psycho-Analyse oder Psycho-Therapie zu tun haben, sondern sich auf einem ganz andern, mehr sozialen Gebiet geltend machen. Seitdem nämlich gesetzliche Maßnahmen zur Entschädigung von Unfallfolgen vorgesehen sind, hat sich in der Psyche von Unfallverletzten eine ganz charakteristische Störung herausgebildet, die als »Unfalls-Neurose« bezeichnet wird. Sie ist nicht bloß in Deutschland, das ja in der sozialen Gesetzgebung tonangebend geworden ist, sondern überall, wo Unfallverletzungen entschädigt werden, zur Beobachtung gelangt. . . Es sind besonders Klagen über Schwindel, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, sonstige allgemeine Mißempfinden bei jeder körperlichen oder geistigen Arbeit im Kopfe, Rückenschmerzen, Zittern, Erschlaffung der Körpermuskulatur, die im Vordergrund des Krankheitsbildes stehen. Daneben aber ist von Wichtigkeit eine Neigung zu Tränen, wehleidige klägliches Wesen, verbunden mit leiser Stimme. . . Da ist auch oft die sofortige Untersuchung und ärztliche Beobachtung von Wichtigkeit. Wenn nämlich dem verletzten Kranken sofort von dem ersten behandelnden Arzte trübe Aussichten auf Wiederherstellung gemacht werden, prägt sich diese üble ärztliche Meinung so fest in dem Gemüt des Unfallverletzten ein, daß die Idee, nicht mehr gesund zu werden und arbeitsunfähig zu bleiben, die herrschende wird und von keiner anderen Ansicht verdrängt werden kann. . . Ich habe in einer größeren Arbeit über diesen Gegenstand auf Grund vielfältiger Erfahrungen geradezu von einer bei Unfallverletzten vorherrschenden »Bereinerungsidee« gesprochen. In der Tat war es Prof. Bruns in Hannover, der immer wieder betonte, wie unanständig schnell Verletzungen nach Unfällen heilen, wenn Bewilligung einer Rente oder noch besser Auszahlung einer Kapitalabfindung erfolgt.«

Einer solchen »wissenschaftlichen« Erkenntnis gegenüber möchte man fast wünschen, solche Geistesgrößen, die diese Beschimpfungen in die Welt setzen können ohne dabei zu erröten, müßten einmal unter den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen in unsern gewerblichen Betrieben durch Unfall zu Schaden kommen. Möglich, daß sie dann von dem Wahnwitz ihrer seitherigen Zwangsvorstellung von der Psyche des unfallverletzten Arbeiters geheilt und daß sie dann die tatsächlichen Ursachen der nervösen Störungen erkennen würden. Solange das aber nicht der Fall ist, muß man solche wissenschaftlichen Erkenntnisse als das werten, was sie sind: Ausgeburt arbeiterfeindlicher Empfindungen, die mit Wissenschaft nichts, mit Klassenempfinden alles gemeinsam haben.

Ähnlich wie mit diesen Beschuldigungen verhält es sich mit dem Gejammer unserer Unternehmerorgane über die steigenden sozialpolitischen Lasten, die angeblich unsere Industrie zu Boden drücken. Sie vergessen dabei geflissentlich, daß — soweit die Unfallversicherung in Frage kommt — durch einen wirklich ausreichenden Unfallschutz, der die Betriebsunfälle auf das denkbar niederste Maß zurück-

schraubt, auf der einen Seite wohl einige Kosten verursacht werden, daß aber zum andern unserer Volkswirtschaft durch die Unverletzlichkeit vieler Hunderttausender von Arbeitskräften ungezählte Millionen erspart werden. Die Einwendungen, daß ohne unsere — bescheidene — Sozialpolitik die Rentabilität unserer Industrie größer wäre, sind nur gemacht, um Leichtgläubige irre zu führen. Denn unsere Unfallversicherung in ihrer heutigen Gestalt ist nur an die Stelle der früheren Unternehmerhaftpflicht getreten, sodaß durch die Unfallversicherung von einer Belastung der Unternehmungen überhaupt nicht geredet werden kann, ganz zu schweigen davon, daß alle diese angeblichen Lasten erst vom Arbeiter aufgebracht, vom Unternehmer aber als Geschäftskosten verbucht werden. Nicht das wäre eine Belastung, wenn man praktische und wirksame Unfallverhütung betreiben würde, sondern vielmehr ist das gegenwärtig mehr denn je in Blüte stehende System der Rentenversicherung so zu bezeichnen. Auch hier werden nur die Arbeiter wieder eine Wendung in den Anschauungen herbeiführen können, nämlich dann, wenn sie durch erzwungenen tatsächlichen Unfallschutz die Richtigkeit ihrer Ansichten den Unternehmern plausibel machen. Und dazu ist natürlich eine lückenlose Organisation der Arbeiter notwendig. *cm.*

**Die Ausfuhr graphischer Druck-
erzeugnisse im dritten Viertel-
jahr 1913.**

Die Ausfuhr der *Merkantildrucksachen* hat ein außerordentlich günstiges Resultat aufzuweisen. Mit Ausnahme der Niederlande haben alle anderen Ausfuhrländer in den ersten Dreivierteljahre 1913 höhere Ziffern erreicht als in den ersten neun Monaten des Vorjahres. Um 7952 Doppelzentner mit einem Wert von 2597000 Mark hat sich diese Ausfuhr erhöht. Ganz besonders ist die Ausfuhr nach Großbritannien gewachsen; sie betrug 2810 Doppelzentner gegen das Vorjahr mehr. Bei Rußland beträgt das Plus 428 Doppelzentner und auch die Vereinigten Staaten haben eine Zunahme um 1148 Doppelzentner. Das ist umso bemerkenswerter, als die Ausfuhr von Postkarten und Farbdruk-bildern ständig zurückgeht. Diese gesteigerte Nachfrage hat natürlich in der Merkantilbranche einen guten Geschäftsgang zur Folge, was ganz besonders in Berlin zu bemerken war. Für Merkantil wurden mehr Arbeitskräfte verlangt als für Chromo, wo die Arbeitslage geradezu trostlos ist. Vermutlich wird die Rotationsmaschine gerade für diesen Zweig unseres Gewerbes die Produktionskosten verringern. Wenn eine vernünftige Handelspolitik und gewerbliches Interesse diese Tendenzen unterstützen, so kann hier noch ein Gebiet erobert werden, das sehr nutzbringend für das Steindruckgewerbe sein kann. Es seien nun die Ausfuhrziffern der Merkantil-drucksachen insgesamt angeführt:

Ausfuhr	Juli	Aug.	Sept.	Jan. bis Sept. 1913	1912
Menge in 100 kg	5176	5286	5535	39773	32821
Wert in 1000 Mk.	1586	1604	1511	11870	9273

Diese Menge verteilt sich nun auf 21 verschiedene Länder. Die Merkantildrucke sind also diejenigen Produkte des Steindruckgewerbes, die den ausgedehntesten Markt haben, denn die Farbdruk-bilder haben nur 14 und die Postkarten 17 Ausfuhrländer aufzuweisen. In der Menge und im Wert nehmen die Merkantilsachen die erste Stelle ein. Nach den einzelnen Ländern wurden ausgeführt in Doppelzentnern:

Ausfuhrland	Juli	Aug.	Sept.	Jan.—Sept. 1913	1912
Belgien	286	181	198	1610	1470
Dänemark	137	69	103	821	626
Frankreich	65	89	106	971	669
Großbritannien	1711	1616	1552	10746	7930
Italien	86	107	109	903	696
Niederlande	350	367	431	2861	3124
Norwegen	82	77	64	431	257
Osterreich-Ungarn	488	402	529	4205	3814
Portugal	24	26	21	253	131
Rußland	197	199	186	1419	991
Schweden	55	82	75	678	388
Schweiz	291	344	329	2750	2456
Spanien	85	51	142	610	485
Philippinen	15	27	20	203	276
Argentinien	48	48	156	545	471
Brasilien	97	137	101	652	467
Canada	82	33	63	362	362
Cuba	32	6	45	219	198
Mexiko	76	10	40	397	308
V. St. v. Amerika	577	767	742	4921	3773
Bolivien	—	—	2	443	74

Der Export der *Postkarten* hat sich um 2924 Doppelzentner erhöht, der Wert um 1321000 Mark. Wahrscheinlich ist diese Erhöhung herbeigeführt worden durch die Bromsilberkarten, nach denen eine große Nachfrage besteht. Alle Ausfuhrländer mit Ausnahme von Norwegen, Argentinien, Canada, Mexiko und V. St. v. Amerika haben eine Steigerung aufzuweisen. Bei Osterreich-Ungarn beträgt sie 1087 Doppelzentner und bei Rußland 651 Doppelzentner. Der Rückgang beträgt bei Amerika 896 Doppelzentner, das ist ein Sechstel weniger als in den dreiviertel Jahren des Vorjahres. Der Export der Postkarten weist insgesamt folgende Ziffern auf:

Ausfuhr	Juli	Aug.	Sept.	Jan.—Sept. 1913	1912
Menge in 100 kg	3347	3207	3181	28624	25700
Wert in 1000 Mk.	1309	1289	1313	11451	10130

Die Ausfuhr verteilt sich auf folgende siebzehn Länder:

Ausfuhrland	Juli	Aug.	Sept.	Jan.—Sept. 1913	1912
Belgien	130	138	57	988	687
Dänemark	95	89	56	658	556
Frankreich	65	40	45	683	363
Großbritannien	667	539	751	6074	5301
Italien	78	140	113	997	948
Niederlande	184	129	138	1264	160
Norwegen	29	32	26	204	221
Osterreich-Ungarn	333	626	587	4918	3831
Portugal	41	10	28	255	175
Rußland	191	330	221	2220	1569
Schweden	67	37	78	699	645
Schweiz	173	182	114	1426	1228
Spanien	59	19	21	372	370
Argentinien	61	47	47	274	314
Canada	107	50	61	642	710
Mexiko	38	10	35	249	298
V. St. v. Amerika	713	602	520	4776	5672

Die Ausfuhr von *Farbdruk-bildern* hat sich wieder bedeutend verringert. Bei Großbritannien beträgt der Rückgang allein 2784 Doppelzentner. Hier fällt stark ins Gewicht die Änderung des Geschmacks des Publikums, da ja England bekanntlich Freihandelsland ist. Bei Amerika beziffert sich der Rückgang auf 2072 Doppelzentner; die Ausfuhr wird noch mehr sinken, denn in dem neuen Zolltarif sind die Zollsätze auf lithographische Ansichten amerikanischer Szenarien, sowie Papier, welches zur Bekleidung von Pappschachteln gebraucht wird, erhöht worden. Eine Steigerung ist nur bei Rußland um 593 und bei Argentinien um 162 Doppelzentner zu verzeichnen. Unsere Ziffern zeigen folgendes Resultat:

Ausfuhr	Juli	Aug.	Sept.	Jan.—Sept. 1913	1912
Menge in 100 kg	2715	1918	2561	2246	28862
Wert in 1000 Mk.	850	663	755	7102	8423

Unsere Statistik gewährt einen interessanten Vergleich zwischen den einzelnen Ländern und läßt allenthalben deutlich erkennen, wie schwer gerade dieser Zweig unseres Gewerbes krankt:

Ausfuhrland	Juli	Aug.	Sept.	Jan.—Sept. 1913	1912
Belgien	14	25	50	420	673
Frankreich	43	38	39	462	587
Großbritannien	605	337	331	5397	8161
Italien	84	75	96	710	1075
Niederlande	109	48	154	880	1223
Osterreich-Ungarn	162	182	190	1728	2003
Rußland	245	92	113	1807	1214
Schweiz	111	87	69	841	935
Spanien	31	45	98	512	586
Argentinien	51	91	56	512	350
Brasilien	29	11	25	148	185
Canada	54	18	11	209	392
Cuba	11	6	3	94	195
V. St. v. Amerika	714	518	977	5881	7953

Die Aufuhr von *Tapeten und Tapetenborden* betrug in den verflorenen neun Monaten 89589 Doppelzentner gegen 93114 im Vorjahr, mithin ein Rückgang um 2525 Doppelzentner. Der Wert belief sich auf 6884000 Mark, 193000 Mark weniger als 1912. Alle Länder mit Ausnahme von Dänemark und Großbritannien haben niedrigere Ziffern.

Kupferstiche, Photographiren u. a. haben eine Zunahme um 336 Doppelzentner, 1033 gegen 697, aufzuweisen, im Wert zu 1799000 Mark, gegen 1275000 Mark im Vorjahr. Bei der Ausfuhr nach Frankreich ist die Menge von 57 auf 123 Doppelzentner gestiegen und bei Osterreich-Ungarn von 122 auf 259.

Auch bei *Photographien* ist ein erhöhter Export zu verzeichnen; er beträgt 1288 Doppelzentner, 190 mehr als im Vorjahr, zu einem Wert von 1138000 Mark, gegen das Vorjahr 116000 Mark mehr. *fm.*

Zu dem Brief aus Chile,

der in Nr. 45 der *Graph. Presse* erschien, ertheilten wir eine längere Zuschrift des Generaldirektors der Firma *Sociedad Imprenta y Litografía Universo* in Valparaiso, der sich zur Zeit in Paris befindet. Unter Berufung auf das Preßgesetz wurde der Abdruck dieser Zuschrift verlangt.

Obwohl sie den Vorschriften des Preßgesetzes absolut nicht entspricht, nehmen wir keinen Anstand, sie in ihren wesentlichen, tatsächliche Feststellungen enthaltenden Teilen unsern Kollegen bekannt zu geben, da uns sehr viel an einer gründlichen Aufklärung der deutschen Kollegschaft über die Verhältnisse in überseeischen Ländern liegt. Der Herr Generaldirektor schreibt uns u. a. folgendes:

»Die *Sociedad Imprenta y Litografía Universo* besteht seit nunmehr ca. 60 Jahren und hat vom Anfang ihres Bestehens an hunderte von Arbeitern, in der Hauptsache deutsche und englische, verpfändet. Mit ganz geringer Ausnahme haben alle Leute nicht nur die dreijährige Kontraktdauer eingehalten, sondern sich auch dazu verstanden, einen neuen Kontrakt auf weitere drei Jahre einzugehen. Nur ganz wenige kehren für immer nach Europa zurück und alle anderen suchen sich ihr Auskommen drüben.

Die für ein Engagement benützten Kontrakte begünstigen ausschließlich nur den Arbeiter. Will ein unzufriedener Arbeiter vom Kontrakt loskommen, so geschieht das in der Weise, daß er so schlechte Arbeit liefert, daß der Arbeitgeber froh ist, ihn mit einer Abfindungssumme entlassen zu können. Alle vom Arbeitgeber gemachten Aufwendungen für Überfahrtsgehalt und Vorshüsse, welche die Arbeiter zu nehmen pflegen, sind dann verloren.

»La *Sociedad Imprenta y Litografía Universo* beschäftigt ca. 1000 Arbeiter und wenn für diese nicht genügend gesorgt würde und ein Zusammenarbeiten nicht bestände, dann wäre auch nicht daran zu denken gewesen, das Unternehmen auf die gegenwärtige überragende Höhe im graphischen Gewerbe Chiles zu bringen. Daß bei einem derartig großen Betriebe auf Ordnung und Pflichterfüllung gesehen werden muß, ist ganz selbstverständlich und niemand kann behaupten, daß berechnigte Forderungen bei der Geschäftsleitung nicht jedwede nur wünschenswerte Berücksichtigung gefunden hätten.

Wir zuallererst raten einem jeden davon ab, sich in das Ausland zu begeben, der nicht über die nötige Energie verfügt. Nur für den gestaltet sich die Zukunft günstig, der das nötige Streben und Verständnis für die Besserung seiner Lage mitbringt. Hierzu mangelt es nicht an Gelegenheiten, zumal Ausländer überall gesucht und verlangt werden, besonders die deutschen Arbeitskräfte.

Was die Arbeitsbedingungen in hygienischer Hinsicht anlangt, genügt wohl die Angabe, daß die Werkstätten, mit besonderer Rücksichtnahme auf den Zweck, erst vor 5 Jahren neu erbaut worden sind und aus geräumigen und solid errichteten Sälen bestehen. Es sind besonders mechanische Vorrichtungen zur Reinhaltung vorhanden, die auch wieder aus Deutschland bezogen wurden, und somit ist jedwede Kritik hierüber grundlos.

Um aller Polemik auszuweichen, sind wir bereit, irgendwelche gewünschte Einzelheiten über Lebensbedingungen des Arbeiters in Chile zu geben, und wir nehmen keinen Anstoß daran, daß für Angaben dieser Art die Beglaubigung eines deutschen Konsulates gefordert werden könnte. Solche Unterlagen werden dann die Beachtung finden, die sie in der Tat verdienen. Wir selbst wünschen, daß niemand bei uns Beschäftigung findet, der nicht vorher über alles genau unterrichtet ist und den nicht alle ihm gestellten Bedingungen befriedigen.

In bezug auf die gewährte Besoldung möchten wir noch bemerken, daß dieser Begriff sehr dehnbar ist, und das Auskommen mit einer bestimmten Summe doch schließlich auch wieder je nach den verschiedenen Personen und deren Veranlagung zum Geldausgeben verschieden ist. Der eine glaubt mit 1000 Mk. nicht anständig auskommen zu können, während ein anderer mit nur 250 Mk. bequeme lebt. Ein guter chilenischer Arbeiter braucht höchstens 200 Mk. und dabei sind diese Leute sehr anständig.

Sowohl die Zuschrift. Da uns der *Brief aus Chile* durch Vermittlung unserer Hamburger Ortsverwaltung zugehen, haben wir dieser den Brief des Herrn Generaldirektors vor seiner Veröffentlichung zur Kenntnisnahme und eventuellen Gegenüberung zugestellt. Sie schreibt uns dazu:

»Es ist nicht das erste Mal gewesen, daß uns von Valparaiso Nachrichten zugehen, die dahn lauten, jeden Kollegen dringend zu warnen, nach Valparaiso Stellung zu nehmen.

Wenn die Verhältnisse denen entsprechen, die den Engagierten seitens der Firma gnädigst für die 45 tägige Überfahrt eingeräumt werden, nämlich Zwischendeck, dann sind sie gerade traurig genug, um jedem Kollegen von der Annahme einer Stellung abzuraten. Würden die chilenischen Unternehmer in dem engagierten Deutschen den Nebenmenschen sehen, dann würde man ihm wenigstens eine anständige Überfahrt freigeben.

Wir sind heute nun nicht in der Lage, die einzelnen Angaben nachprüfen zu können; bestritten ist aber von der Firma nicht, daß in ihrer Anstalt die 9 1/2 stündige Arbeitszeit herrscht, daß Kontrollmarken eingeführt und ganz rigorose Strafbestimmungen üblich sind. Eine deutsche Anstalt, die derartige Schönheitsfehler aufzuweisen hat, wird von unseren deutschen Kollegen auf das peinlichste gemeldet. Umsomehr haben wir Veranlassung, unsere Kollegen zu warnen, sich nicht solchen Verhältnissen im Auslande zu unterordnen.

Wir meinen ebenfalls gleich unserer Hamburger Ortsverwaltung, daß die von dem Herrn Generaldirektor nicht bestrittenen Tatsachen (9 1/2 stündige Arbeitszeit, Überfahrt im Zwischenstück usw.) weit- aus das wesentlichste sind und daß diese un- bestrittenen Tatsachen allein schon alle Kollegen, die Stellung in Chile angeben erhalten, zu größter Vorsicht mahnen müssen. Ein weiteres Eingehen auf die Zuschrift des Herrn Generaldirektors über- lassen wir dem Verfasser des in Nr. 45 er- schienenen Briefes aus Chile.

Ortsberichte.

Augsburg. Die Kollegen Augsburgs, die seit einigen Jahren in einem tariflichen Arbeitsverhältnis mit den größeren Firmen am Platze stehen und davon ein friedliches Zusammenarbeiten erhofften, sehen sich genötigt, Tarifunstmäßigkeiten ein- schneidender Natur von der Firma *Etiketten- und Plakat-Fabrik F. Burger* der Allgemeinheit zur Kenntnis zu bringen. Obwohl diese Firma tariflich verpflichtet ist, unsern Arbeitsnachwehler bei Bedarf von Arbeitskräften in erster Linie zu benutzen, was sie zum Scheln auch ab und zu tut, übergeht sie zumelst unsere Zuweisungen und engagiert ganz junge Kollegen aus den entlegensten Orten. Bei diesem Vorgehen liegt offenkundig ein System vor, das dazu angetan ist, unsere Tariffolge bez. Lohnerhöhungen vollständig zu annullieren. Eine Geschäftsversammlung der Firma erkannte mit der Verwaltung dieses System und erörterte auch die Frage, ob nicht etwa dritte Personen mit die Direktive zu diesem starken Stellenwechsel geben, der auch durch die gleichzeitig auszunehmenden Reise- und Arbeitslosen-Unterstützungen auf unsere Kassen schädlich wirkt. Dieser Arbeitskräfteaustausch findet nur in der Steindruckereiabteilung statt, in der sich nach kaum einem Jahr das Personal, prozentual genommen, fast erneuert. Wir ersuchen nun die- jenigen Kollegen, welche nach hier in Stellung gehen, dauernde Position zu verlangen und ohne unsere Auskunft keine Verpflichtungen einzugehen. Zu- widerhandelnde haben den Verlust jedweder Un- terstützung zu gewärtigen.

Dresden. Am 18. November fand auf Veran- lassung des hiesigen graphischen Kartells eine gute- suchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen des graphischen Gewerbes statt. Der Vortrag der Frau Thiede, Vorsitzende des Hilfsarbeiterverbandes, fand aufmerksame Zuhörer und verdienten Beifall. Die Rednerin schilderte die Eigenheiten der gra- phischen Berufe, ging im besonderen auf deren Organisationsverhältnisse ein und hob die Schwierig- keiten hervor, mit denen die Verbände zu kämpfen haben. Sie streifte die Entwicklung der Unternehmer- verbände, besonders hervorhebend, daß die Unter- nehmer der Steindruckbranche zu den ärgsten Scharfmachern gehören. Die letzten großen Kämpfe hätten das genügend bewiesen. Sie behandelte die neueren Strömungen im Lager der Buchdruckunter- nehmer und die Tatsache der Zunahme der Tarif- gegner unter diesen und schilderte das Wesen der gegnerischen Arbeiterverbände. Dann kam sie auf die Eigenarten im Hilfsarbeiterberufe zu sprechen. Im Anschluß hieran unterzog sie die Tariffrage einer eingehenden Prüfung und kam zu dem Schluß, daß auch der Hilfsarbeiterverband, gezwungen durch die Tarifpolitik der übrigen graphischen Verbände, seine Hauptkräfte auf die Verfolgung dieses Zieles zu verwenden habe. Sie kritisierte weiter, daß unsere Gewerkschaftsblätter die Unternehmer über Kassenbestand, Mitgliederbewegung und anderes mehr ausgenauet unterrichten. In vielen kritischen Lagen sei dieser Umstand für uns zum Schaden gewesen. Bemerkenswert sei ferner, daß es an genügendem Nachwuchs von arbeitsfreudigen Mit- gliedern mangle; diese Frage habe für das Kartell große Bedeutung. Die gegenwärtige Berufsfrage sei nicht rosig, doch sei dies kein Grund zum Verzagen. Die Rednerin fordert auf, sich recht gut verstehen zu lernen. Der Weg zum graphischen Industrie- verband sei noch weit, doch sei jetzt schon ein erfolg- reiches Nebeneinanderarbeiten nötig und bei gutem Willen möglich.

Düsseldorf. In unser Monatsversammlung vom 11. Dezember hielt Kollege Bauknecht einen instruktiven Vortrag über den historischen Materialismus. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß ein organisierter Arbeiter, der sich halbwegs mit dem behandelten Stoffe vertraut gemacht hat, auch ein überzeugter Klassenkämpfer werden wird. — Sodann kam bei der Erörterung von Verbands- angelegenheiten auch die Gehaltserhöhung unserer Angestellten zur Sprache. Die Düsseldorf Kollegen waren mit der Gehaltserhöhung einverstanden, aber nicht mit der Art und Weise der Einbringung dieser Vorlage. Eine eingereichte Resolution gelangte mit 47 gegen 1 Stimme zur Annahme. Die Zah- stelle Düsseldorf ist nicht für eine Urabstimmung und erklärt sich mit dem Beschluß bezüglich der Gehaltsregulierung einverstanden.

Saalfeld a. d. S. Am 10. Dezember hielt Kollege Haß-Berlin einen sehr interessanten und lehrreichen Vortrag über das Thema: »Die beruflichen Ver- änderungen und unsere Zukunft.« Wenn etwas geeignet war, den Pessimismus, der bei einem Teil unserer Kollegen Platz gefunden hat, zu zerstören, so war es dieser großzügige Vortrag. Wir hätten nur gewünscht, daß die Bemühungen unseres lang- jährigen Vorsitzenden auch den letzten Mann am

Orte und in der nächsten Umgebung in diese außerordentliche Mitgliederversammlung gebracht hätten. Gegen früher war dieser Vortrag freilich noch »sehr gut« besucht, aber es konnten immer noch viele da sein, die so etne Art »Pessimisten- gegenüber dem Verband und seinen Zwecken und Zielen sind, und die auch bei manden Leicht- gläubigen ein offenes Ohr finden. Was der Verband an manden Orten geleistet hat, sieht die jetzige Generation gar nicht ein, weil sie die früheren Verhältnisse am eigenen Leibe nicht gespürt hat. Was der Verband in den letzten Jahren an Ver- schlechterungsversuchen und Lohnrückereien abge- wehrt und in welchem Umfange er dadurch die Mitglieder vor Schaden bewahrt hat, weiß daher so manches Mitglied eben gar nicht zu würdigen. — An demselben Tage fand in Sachen des *Konkurses der Wiedemannschen Hobbuchdruckerei* eine Gläubigerversammlung statt, die aber resultatlos verlief. Über verschiedene Forderungen waren die nötigen Unterlagen nicht vorhanden, so daß sich eine neue Gläubigerversammlung nötig macht. Die Versamm- lung sollte einen Beschluß über die Gründung einer Aktiengesellschaft herbeiführen. Damit ist es nun vorläufig nichts geworden, und vor der Hand sind auch keine Aussichten einer Änderung vor- handen. Der Betrieb geht also in der bisherigen Weise weiter.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler

Lithographen, wecket euer Interesse!

Dem Streben, sich im Berufe weiter zu bilden, muß auch der Drang beigesellt sein, am Prozeß des Aufwärtstrebens des gesellschaftlichen Ganzen und seiner Vollendung mitzuarbeiten. Mit vollem Kulturbewußtsein muß bei jedem ersten Menschen neben den täglichen Sorgen und der Berufsarbeit das Streben zum Ganzen, nach größeren Aufgaben und Zielen gehen. Das Vorgeben, zur Weiterbildung keine Zeit zu haben, kann nur in den wenigsten Fällen gelten, am wenigsten für uns Lithographen, für die die 8 stündige Arbeitszeit fast allgemein eingeführt ist. Die beliebte Ausrede: »Ich habe keine Zeit«, entspringt der Bequemlichkeit. Man will sich vor wichtigen und notwendigen Aufgaben drücken. Oft steckt freilich auch die Absicht dahinter, offensichtliche Wissenslücken damit zu entschuldigen. Dabei verstehen diese gelistigen Drückeberger meist mit ihrer latenten Gelistekraft zu bramarbasieren: »Ja, hätte ich erst Zeit, ich wollte ...« Ei, ihr laxen Helden nievollbrachter Taten, wollt doch ein- mal, dann bekommt ihr auch Zeit! Voraussetzung ist natürlich das Können.

Die Ansicht, daß nur große Geister dem Fort- schritt der Welt zu dienen und ihn zu fördern ver- mögen, kann nicht gelten. Jeder kann zu seinem Teil und nach seinen Fähigkeiten dem Ganzen dienen und seine Funktion als mehr oder weniger ge- wichtiges Rädchen an der Universalmaschine unserer menschlichen Gesellschaft — in unserm Falle unseres Verbandes — getreulich ausfüllen. Ein Funke der Sehnsucht nach Wahrheit und Gerechtigkeit, ver- körpert in dem Drange nach Bildung und Höher- streben, ist jedem mehr oder weniger gegeben. Viele nutzen ihn leider zu egoistischen Zwecken. Aber der Gemeinshaftgeist drängt immer weiter, auch in die »individuellen« Trutzburgen. Ist doch der extremste und strengste Individualist in sozial- wirtschaftlicher Hinsicht eben auch ein Sandkorn am Strande. Wohl gibt uns eine individual-erzie- herische Bildung eigne und eignende Kenntnisse und Fähigkeiten. Diese vermögen sich ganz aus der speziellen Einzelart weiter zu entwickeln. Sie kann uns z. B. in der Tätigkeit im Berufe usw. von großem Nutzen sein. Eine harmonische, all- gemeine, aufs Ganze gehende und fürs Ganze wirkende Kulturbildung hat jedoch notwendiger Weise noch eine größere und weitere Wirkung: Sie nützt dem gesamten Stande, der Klasse, und verhilft ihren Trägern zum Aufstieg in ein menschen- würdiges und besseres Dasein. Je mehr Mitwirkende am Werke tätig sind, desto höhere Leistungen in ethisch-sozialer Bedeutung ergeben sich dabei aus der Zusammenfassung aller Einzelarbeiten und geistigen Erkenntnisse. Kleines verbindet sich so zum Großen, Einzelnes zum Ganzen. Jedes Menschen Willensrichtung muß vom energetischen Imperativ: »Vergeude keine Energie, nütze sie!« beherrscht werden. Dieser Satz Wilhelm Ostwalds würde eine ungeheure Bedeutung erlangen, wenn jeder danach handeln wollte und wenn er von allen namentlich in ethisch-sozialem Sinne aufgefaßt und angewendet würde. Mit weh kräftigem Ruck würde dann die heutige Gesellschaft vorwärtsgelrieben und zu bessern Zuständen gelenkt werden. Der Massen- wille zur Kultur stellt in gleichem Maße so viel Machtbefugnisse dar, die Zustände einem Sozialziel näher zu bringen.

Gleichgültige Menschen verstoßen gegen ihre Menschenwürde, gegen ihre Bestimmung, die ihnen von der Natur eingegeben ist, wenn sie die Pflicht und die Möglichkeit außer Acht lassen, am Aufstieg und Vorwärtsschreiten der Zeit lebhaften und tätigen

Anteil zu nehmen. Ziehen wir aus den neuartigen Vorgängen im Unternehmerrlager für uns ebenfalls die Konsequenzen. Es erfordert das Aufgebot unserer ganzen Kraft, unserm seitherigen Wege weiter zu folgen. Da in der nächsten Zeit nicht an eine Zentralisation unserer graphischen Organisationen zu einem graphischen Industrieverbande zu denken ist, so müssen wir unser Augenmerk darauf richten, unsern Berufsverband — namentlich für uns Litho- graphen, für die er noch sehr erweiterungsfähig ist — weiter auszubauen. Neben der rührigen Agitation unter den Unorganisierten muß in unsern Mitgliederkreisen selbst der Wille zur Bildung, der die Voraussetzung des Willens zur Kultur und zur Macht, d. h. zu höherer Lebenshaltung und - Gestaltung ist, gehoben werden. Leider stehen aber gerade unsere jungen Kollegen in dem Rufe, daß sie zu allerlei Firtelanz und Klinkerlitzen mehr Neigung haben, als zu ernster Gedankenarbeit. Wir wollen aber zu ihren Gunsten annehmen, daß sie tatsächlich besser sind als ihr Ruf, und daß es nur dieser und anderer ernster Ermahnungen bedarf, um ihre latenten und daher für uns brachliegenden Kräfte aufzurütteln und fürs Ganze nutzbar und fruchtbar zu machen. Sie müssen versuchen, Klar- heit über sich selbst, ihre wirtschaftliche Lage und Stellung zu gewinnen und aus dieser Erkenntnis der Tatsachen die Folgen zu ziehen, die darin be- stehen, sich einzusetzen für die Weiter- und Höher- entwicklung des Bestehenden zu einem höheren Kulturziel.

Je mehr sich das geistige Leben im einzelnen wie bei der *Allgemeinheit* nach diesem Ziel richtet und sich vertieft, desto sicherer und schneller werden sich unsere sozialwirtschaftlichen Verhältnisse bessern und so das vorgesteckte Ziel Wirklichkeit werden lassen. Denn schon der Wille zur Kultur, diese Voraussetzung alles Fortschritts und Werdens, läßt notwendigweise den moralischen Ausgleich der Ungerechtigkeiten und Klassengegensätze zur Tat werden.

Freilich, wir wissen, daß durch Danken Ge- schichte nicht gemacht wird. Die realen Verhältnisse bedingen die Zustände und auch die Gelistestrichtung, aber sie bestimmen sie auch. Das will sagen, die historische Erkenntnis vom jeweiligen geistigen Ausdruck der realen wirtschaftlichen Form braucht uns nicht zur schematischen Formel zu werden, die, weil sie so zum toten Wissen gehört, nie fruchtbar werden könnte. Ein starker Wille zum festen Handeln erwächst gleichfalls aus den gegebenen Verhältnissen und Zuständen, die, je schlimmer sie im einzelnen sind, die Willensrichtung um so kräftiger zum Auftrieb zwingen. Nicht die gegenüber den heutigen noch weiter fortge- schrittenen Produktionsverhältnisse einer spätem Zeit bedingen oder ermöglichen erst die Neuge- staltung einer besseren Lebenshaltung und höheren Kultur, sondern schon aus der gleichmäßigeren Verwertung des jetzigen Produktionsstandes und der vorhandenen Kulturgüter ließe sich eine bessere Lebensentteilung in der Gesellschaft durchführen. So schafft der reale Untergrund auch den geistigen Plan, aus dem der Ausbau der Wirklichkeit vor sich geht.

Die Hervorrufung und Entwicklung des geistigen Willens zur Bildung und Kultur muß darum in der heutigen Zeit sozialwirtschaftlicher Unterdrückung und materieller Lebensorgen namentlich in den Arbeiterorganisationen zu besonderer Bedeutung gelangen. So klein oder so groß auch die bis- herigen gewerkschaftlichen Errungenschaften sein mögen: Eine sophistische Erklärung der »Sylphus- arbeit« soll uns so wenig abhalten, diesen Kultur- willen in uns zu wecken und tatkräftig werden zu lassen, wie eine Vergrößerung der »positiven Er- folge« gewerkschaftlicher Arbeiten uns abhält, weiter zu schreiten auf dem bisher verfolgten Wege, der künftig auch von uns *Lithographen* allerseits mehr und mehr im Kultur- und Fortschrittssinne geistig inspiriert und gefördert werden möge.

Ad. Bl.



Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photo- graphen. Zentralarbeitsnachweis: W. Hänlein, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, 1.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Bromsilberdruck-Anstalten.

Die Zentralkommission der Photographen hat vor einiger Zeit eine Statistik in den in Deutsch- land vorhandenen Bromsilberdruck-Anstalten auf- genommen, soweit solche für die Luxuspapierbranche und für Reklame oder Kunstdruck produzieren. Insgesamt sind 14 Firmen zu verzeichnen. Sta- tistische Angaben waren von 12 Betrieben zu er- halten; die zwei fehlenden kommen aber für die Beurteilung der Verhältnisse nicht in Betracht, da sie nur wenige Personen beschäftigen. In den 12 Firmen wurden 193 Angestellte — 148 männ- liche und 45 weibliche — beschäftigt. Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen sind dabei nicht mitgezählt, weil sie für unsere Organisation nicht in Frage kommen. Ferner arbeiten verwandte Berufsgenossige mit

den Photographen zusammen, und zwar 30 Lithographen, 4 Chemigraphen und 19 Zeichner und Maler. Obwohl diese Industrie verhältnismäßig jungen Datums ist — Mitte der 90er Jahre wurden die ersten Versuche gemacht — und die Erzeugnisse in vielen Millionen von Exemplaren in allen Weltteilen eingeführt sind, sollte man annehmen, daß die Zahl der gelernten Arbeiter in dieser Industrie größer wäre.

Daß zu diesen Arbeitsleistungen zum Teil besonders tüchtige Arbeitskräfte notwendig sind, dürften die Erzeugnisse beweisen. Dann ist es aber auch erklärlich, daß die Löhne sehr unterschiedlich sind. Diese schwanken zwischen 70 und 250 Mark monatlich für männliche Angestellte. Die niedrigsten Löhne erhalten die kaum ausgebildeten Angestellten, während die Höchsthöhe nur an äußerst qualifizierte Kräfte gezahlt werden. Die Lohnzahlung selbst erfolgt in sehr verschiedenen Zahlungsperioden. Um die Löhne einheitlich — zum Vergleich — einfügen zu können, sind diese deshalb in Halbmonatslöhne umgerechnet. An Löhnen wurden halbmonatlich gezahlt:

100 Mk. und darüber an 13 männliche Angestellte,	90-95 Mark	9	"	"
85-90 "	12	"	"	"
80-85 "	19	"	"	"
75-80 "	35	"	"	"
70-75 "	21	"	"	"
65-70 Mk. an 24 männliche, 1 weibliche Angestellte,	60-65 "	10	"	"
55-60 "	4	"	"	"
50-55 "	1	"	"	"
45-50 "	1	"	"	"
40-45 "	4	"	"	"
35-40 "	1	"	"	"
30-35 "	4	"	"	"
27,50 Mk.	1	"	"	"
25-	20	"	"	"
22,50 "	1	"	"	"

Hiernach werden die weiblichen Arbeitskräfte zum Teil sehr niedrig bezahlt. Das dürfte vor allem in deren Gleichgültigkeit gegen die Organisation seinen Grund haben. Die Lohnzahlung erfolgt in 7 Firmen halbmonatlich, in 5 Firmen wöchentlich; darunter ist eine Firma, die einem einzelnen Angestellten ausnahmsweise den Lohn monatlich auszahlt. Ein Grund hierfür ist nicht angegeben.

Die tägliche Arbeitszeit der Beschäftigten ist wie folgt:

17 männliche Personen in 1 Firma	7 1/2 Stunden
5 " " " 2 Firmen	8 1/4 " "
91 " " " 4 " "	8 1/2 " "
26 " " " 4 " "	9 " "
6 " " " 1 Firma	9 1/2 " "
28 weibliche " " " 1 " "	8 Std. 10 Min.
4 " " " 1 " "	8 1/4 Stunden
13 " " " 3 Firmen	8 1/2 " "

Die Durchschnittsarbeitszeit stellt sich auf täglich 8 Stunden 35 Minuten für männliche und 8 Stunden 31 Minuten für weibliche Personen. Sodann zeigt sich, daß die Arbeitszeit für Lithographen und Chemigraphen in einzelnen Firmen kürzer ist als die der Photographen. In 2 Firmen arbeiten die Lithographen und Chemigraphen 8 Stunden, die Photographen aber 9 Stunden.

Überstunden werden in den meisten Firmen nicht gemacht; da, wo es sich hin und wieder notwendig macht, werden sie mit entsprechendem Aufschlag bezahlt.

Nicht bei allen Betrieben richtet sich ihre Größe nach der Zahl der Beschäftigten; in einzelnen kommen die Bromsilberabteilungen nur als Nebenbetriebe in Frage. Nach der Zahl der Beschäftigten stellen sich die Betriebe wie folgt:

1 Betrieb: 63 männliche und 28 weibliche Personen,	1 " 18 " " 8 " " "
1 " 17 " " " " " "	1 " 17 " " " " " "
1 " 10 " " " " " "	1 " 10 " " " " " "
1 " 7 " " " " " "	1 " 7 " " " " " "

1 Betrieb: 6 männliche und 4 weibliche Personen,	1 " 6 " " " " " "
1 " 5 " " " " " "	1 " 5 " " " " " "
2 Betriebe: je 5 " " " " " "	2 " 5 " " " " " "
1 Betrieb: 4 " " " " " "	1 " 4 " " " " " "
1 " 3 " " " " " "	1 " 3 " " " " " "

Auch über Mißstände in einzelnen Betrieben sind Angaben gemacht. Diese lassen sich durch einmütiges Vorgehen im Vertrauen auf die Organisation bekämpfen, in einzelnen Firmen sind sie hierdurch inzwischen behoben. Einer solch kleinen Berufsparte sollte es ein leichtes sein, die Verhältnisse der noch niedrig Bezahlten zu bessern wie auch die Arbeitszeit einheitlicher zu gestalten. Hierzu ist aber gerade die Mitarbeit aller in der Branche Beschäftigten unbedingt notwendig. Auch die Bestbezahlten haben alle Ursache, der Organisation treu zu sein, sollen die Verhältnisse nicht wieder abwärts gehen. Hat doch eine der ersten Firmen vor einiger Zeit ganz bedeutende Lohnreduzierungen bei besser bezahlten Angestellten vorgenommen.

m. n.

Der Achtstundentag ist nötig: 1. weil das Menschengeschlecht keine längere dauernde körperliche Anstrengung ertragen kann, wenn es gesund, geistig aufgeweckt, tugendhaft und glücklich bleiben soll; 2. weil die modernen Entdeckungen die Auferlegung einer länger dauernden Kräfteanspannung unnötig machen; 3. weil unter geeigneten Vorbedingungen bei acht Arbeitsstunden ein Wohlstandsüberfluß für alle erzeugt werden kann; 4. weil niemand ein Recht hat, zu verlangen, sein Mitmensch solle sich länger, als es der Gesellschaft dienlich ist, beschäftigen lassen, nur damit er auf Kosten vieler Armer reich werde; 5. weil es dem wahren Interesse jedes Menschen entspricht, daß jeder andre Mensch gesund, intelligent, zufrieden und gut bestellt ist.

Robert Owen (1831).

Chiffre - Inserate
finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme
Die Expedition.

Stellenangebote

Zwei wirklich erstklassige
Masch.-Refuscheure
gesucht. Gefl. Angebote mit selbstgefertigten Mustern u. Gehaltsanpr. an
A. Krampolek, k. u. k. Hof-Photochemigraph, Wien IV, Viktorgasse 14.

Auto-Ätzer,
speziell für Maschinen, sowie ein
Strich-Ätzer
gesucht. Eintritt kann sofort erfolgen. Bei zufriedenstellenden Leistungen dauernder Posten. Gefl. Offerten mit Angaben über bisherige Tätigkeit und Gehaltsansprüche an A. Sulzer & Co., Kilsch-Instal., Zürich 4.

Tüchtiger Andrucker
für Schwarz auf sofort oder später gesucht. Hud & Co., G. m. b. H., Braunschweig.

1 tüchtig. Hilfsarbeiter
welcher gut zählen kann, gesucht.
August Künnecke,
Hannover-Linden.

Durch den Arbeitsnachweis suche zwei
tücht. Messingstecher
für dauernde Beschäftigung. [180]
August Saalfeld, Einbeck,
Druckwalzen- und Formstecherel.

1 Holzstecher,
welcher auch etwas Messingarbeit mit kann, sowie

1 Hilfsarbeiter
werden durch den Nachweis gesucht.
C Schubart,
Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

Verschiedenes
Fachliteratur.
Der praktische Umdrucker.
Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Sekunditz

„Matt-Lack“ • Bester Farbensatz gegen Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,—.

„Harmalein“ • Vorzüglicher weißer Trockenstoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„Bronsol“ • Gibt feststehende glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,—. Gegen Nachnahme. Kunden erhalten neuestes Tonschutzrezept gratis. F. Hantke, Hamburg 22, Vogelweide 5. [300]

Berufswechsel
und Weiterbildung im Beruf wird vorbereitet von der **Freien Fachschule für das graphische Gewerbe**, Berlin S 61, Tempelherrenstr. 20 a.
Programm frei!
Unterricht auch brieflich.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

Wischwalzen - Schläuche
ohne Naht für Steindruck-Schnell-Pressen liefert
Edmund Behnisch, Luckenwalde.
Vertreter an allen größeren Plätzen.
Ia. Zeugnisse.

Original grau feucht und „Cosmos“ feucht und Lack.
48x64 cm, pro 100 Bg. Mk. 8,- u. 6,50. Fachmännisch gepflegt ist das beste Umdruckpapier. — Goldlack gibt der Bronze festen Halt und fadellosen Glanz auf dem schlechtesten Papier p. kg Mk. 5,—. — Bestes Tonschutzmittel für Zink „Radikal“ p. kg Mk. 3,50. — Trockenmittel usw. [180]
H. M. Köhler, Leipzig-Schönefeld.

Totenliste.

- † Am 18. Oktober in **Schwerin** i. M. **Otto Mulsow**, Steindruck aus Schwerin, 25 Jahre alt, am Herzschlag. — Eingetreten in Schwerin am 30. März 1913.
- † Am 25. Oktober in **Dresden** **Walter Zöllner**, Steindruck aus Dresden-Striesen, 20 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Erschießen. — Eingetreten in Dresden am 7. April 1912. Vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 26 April 1908.
- † Am 2. November in **Berlin** **Ignatz Löschl**, Chemigraph aus Florisdorf b. Wien, 27 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 6 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Berlin am 1. Oktober 1905.
- † Am 4. November in **Zwickau** **Georg Wild**, Lithograph aus Mangsreuth b. Kulmbach, 25 Jahre alt, an Nierenleiden, krank 9 Wochen 2 Tage. — Eingetreten in Zwickau am 3. April 1910.
- † Am 7. November in **Gotha** **Hermann Wille**, Lithograph aus Langensalza, 64 Jahre alt, an Arterienverkalkung, krank 11 Monate 5 Tage. — Eingetreten in Weimar am 1. Januar 1893.
- † Am 12. November in **Berlin** **Gustav Bouin**, Chemigraph aus Altdamm, 30 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Ertränken. — Eingetreten in Berlin am 4. September 1902.
- † Am 15. November in **Leipzig** **August Grunnert**, Formstecher aus Leipzig-Reudnitz, 70 Jahre alt, an Bauchdrüsenverfälschung, krank 47 Wochen 2 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 3. Januar 1909. Vorher Mitglied im Zentralverband der Formstecher seit 9. November 1901.
- † Am 19. November in **Berlin** **Gustav Pahl**, Steindruck aus Berlin, 81 Jahre alt, an Altersschwäche, Invalide seit 1. Januar 1903. — Eingetreten in Berlin am 1. Januar 1893.

- † Am 21. November in **Berlin** **Adolf Vobach**, Steindruck aus Berlin, 50 Jahre alt, an Zuckerkrankheit, Invalide seit 12. Februar 1907. — Eingetreten in Berlin am 29. März 1896.
- † Am 24. November in **Schwerin** i. M. **Eduard Wild**, Chemigraph aus Ulm a. Donau, 46 Jahre alt, an Lungenleiden, Invalide seit 22. Februar 1913. — Eingetreten in Schwerin am 1. Januar 1893.
- † Am 25. November in **Niedersedlitz** **Hermann Paul**, Chemigraph aus Wildenhahn, 52 Jahre alt, an Herzschlag. — Eingetreten in Niedersedlitz am 1. Dezember 1907.
- † Am 27. November in **Leipzig** **Kurt Kniestedt**, Steindruck aus Leipzig-Neuschönefeld, 25 Jahre alt, an Blutvergiftung, krank 4 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 1. April 1907.
- † Am 30. November in **Essen** **Paul Prinz**, Chemigraph aus Leipzig-Stötteritz, 23 Jahre alt an Herzlähmung, krank 5 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 27. Oktober 1912.
- † Am 1. Dezember in **Coswig** **Fritz Geismar**, Formstecher aus Braunschweig, 24 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Dessau am 3. Januar 1909. Vorher Mitglied im Zentralverband der Formstecher seit 21. Oktober 1907.

Ehre ihrem Andenken!
Der Hauptvorstand.
Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todestfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufvornamen, Geburts- und -jahr) mitteilen.
Der Hauptvorstand.